

Bezugspreis:

Vom 1. - 15. Sept. 2 Millionen Mark voraus zahlbar. Unter Bezugnahme vom 1. - 15. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinprovinz sowie Ostpreußen u. Posen 2 500 000 Mk. für das übrige Ausland 2 750 000 Mk. Zahldesugungspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Schmiedel“ und der Beilage „Erdkunde und Reiseberichte“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Reupereilleseite kostet 1 200 000 Mk. Reklamagebiet 600 000 Mk. Kleine Anzeigen das fertige Blatt 400 000 Mk. (zählend zwei fertige Blätter), jedes weitere Wort 300 000 Mk. Stellengruppe das erste Wort 300 000 Mk., jedes weitere Wort 170 000 Mk. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 120 000 Mk.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 15. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polizeikonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Wilhelm Pfannkuch

Der Senior der deutschen Sozialdemokratie, Genosse Wilhelm Pfannkuch, hat in den späten Abendstunden des Freitag seine Augen zum letzten Schlimmer geschlossen. Eine schwere Lungenentzündung hat den schier unermüdlich scheinenden Körper des fast Zweihundertjährigen Mannes zermürbt und dem Streben dieses Wackeren ein Ziel gesetzt.

Die Sozialdemokratie steht trauernd an der Bahre eines ihrer Aeltesten und Treuesten. Der Name Wilhelm Pfannkuch weckt die Erinnerung an die ganze wechselvolle Geschichte der proletarischen Bewegung Deutschlands. Was heute fast als ein Märchen klingt, es war doch bis gestern Tatsache: Ritten unter uns lebte einer, der an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung gestanden, der seine ersten sozialistischen Impulse aus den Reden Ferdinand Lassalles selber gezogen hatte.

Am 28. November 1841 in Kassel geboren, hatte Pfannkuch nach dem Besuch der dortigen Bürgerschule das Tischlerhandwerk erlernt und war dann, wie es des Landes Brauch, auf die Wanderschaft gegangen. Sein Weg führte ihn auch nach Berlin, wo er sich mehrere Jahre aufhielt. Hier war es, wo er alsbald in die ersten Anfänge der Bewegung hineingeriet. Zunächst hatte er in den Versammlungen Erkenntnis gesucht, die Schulze-Delitzsch, der Sozialpolitiker der damaligen Fortschrittspartei, veranstaltete. Aber das Konzept Schulzes behagte ihm wenig: „Sparen, Konsumverein und Kreditgenossenschaften — das war die Stufenleiter, die zu erklimmen dem Arbeiter empfohlen wurde, um vom Lohnarbeiter zum selbständigen Gewerbetreibenden emporzuheben.“ So kennzeichnete Pfannkuch selbst einmal den Inhalt dessen, was er von Schulze hörte. Und er fügte hinzu, daß solche Theorie denkende Arbeiter nicht befriedigen konnte. Die wirtschaftliche Entwicklung ging damals schon mit Riesenschritten zum Großbetrieb. Anstatt daß dem Arbeiter die Möglichkeit zum Selbständigwerden geschaffen wurde, beengte die fortschreitende Maschinentechntik sie zusehends. Immer mehr wurde es zunächst gefühlsmäßig klar, daß die Arbeiter verurteilt sein würden, nur noch als Klasse eine entscheidende Rolle im Produktionsprozeß zu spielen. In dieser Atmosphäre der aufglühenden Erkenntnis zündete das Auftreten Lassalles, dessen Reden zu hören dem jungen Pfannkuch vergönnt war. Von ihnen sprach er oft im späteren Leben noch mit Begeisterung. Lassalles Ausführungen über die Natur des Kapitalgewinns, des Unternehmerprofites und des Arbeiterlohnes wirkten auf den jungen Tischlergesellen aufstrebend. Von diesem ersten sozialistischen Eindruck datierte Pfannkuch den Tag seines Damastus. Er schloß sich bald dem von Lassalle gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ an, der als erste sozialdemokratische Organisation den Grund legte zu der großen sozialistischen Bewegung, deren Erben und Glieder wir heutigen sind. Den Vorzug der alten Lassalleaner hat Pfannkuch bis in sein spätes Alter gewahrt: die Einsicht in die Notwendigkeit einer strengen Parteiorganisation und die in sich geschlossene Weltanschauung.

In seine kurhessische Heimat zurückgekehrt, arbeitete er dort eine Reihe von Jahren in der inzwischen „königlich preussisch“ gewordenen Eisenbahnhauptwerkstatt. Von dort aus begann er die sozialistischen Gedanken bei seinen proletarischen Landsleuten zu verbreiten. In vielen Versammlungen distantierte er mit Politikern und Gelehrten aller Art über die Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sehr viele von den Weichhaarigen, die heute noch im heißen Lande leben, erinnern sich des groß gewachsenen, ersten Mannes als ihres ersten sozialistischen Lehrers. Eines Tages traf aber auch ihn das Schicksal aller sozialdemokratischen Agitatoren, die in „königlich preussischen“ Betrieben arbeiteten. Er wurde wegen seiner Befinnung gemahregelt und hat dann oft schwer um seinen Lebensunterhalt ringen müssen.

Die Stürme der Bruderkämpfe innerhalb der jungen sozialistischen Bewegung hat er in all ihrer Schwere mit durchstämpt. Um so freudiger begrüßte er damals die Einigung der Lassalleaner und der „Eisenacher“ auf dem Einigungskongreß zu Gotha 1875. Durch die Jahrzehnte, die jenem Kongreß folgten, in all ihren bössartigen Verfolgungen und staatlichen Unterdrückungsversuchen, stand Wilhelm Pfannkuch immer in vorderster Reihe der kampfbereiten Proletarier. Weder das schmachtvolle Ausnahmegesetz gegen die gemeinnützigen Bestrebungen der Sozialdemokratie, noch der wilhelmische Zirkular hatten ihn jemals in seiner Ueberzeugung wankend machen können. Ebensovienig der Weltkrieg mit seinen neuen Problemen und der aus ihnen hervorgegangenen Parteispaltung. Auch in diesen schweren Zeiten des letzten Jahrzehnts blieb er mit der Sicherheit des Wissenden bei seiner alten Partei.

Aber als vor nunmehr einem Jahre, am 24. September 1922, in Nürnberg der Einigungsparteitag zusammentrat, um die getrennten Zweige der Sozialdemokratie wieder zu verschmelzen, da stand der damals Einundachtzigjährige als Alterspräsident auf der Tribüne und begrüßte seinen

alten Freund Wilhelm Bock und in ihr die gesamte Organisation der USP. voller Freude, daß die Wege der beiden Gruppen sich wieder zusammengefunden hatten. „Ich habe kaum noch gehofft,“ so führte er damals in seiner Begrüßungsansprache aus, „noch an meinem Lebensabend den Tag zu erleben, an dem die geeinigte sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands sich wieder entschloß, den Kampf, den sie früher gemeinsam geführt hat, wieder gemeinsam aufzunehmen und siegreich durchzuführen. Für mich, das erkläre ich, ist dies der schönste Tag meines erinnerungsreichen Lebens, daß ich heute hier zum Alterspräsidenten des Einigungsparteitages berufen worden bin. Leider wird dieser Tag nach menschlichem Ermessen nicht mehr sehr lange mein Erinnerungsvermögen beherrschen. Aber der Hoffnung will ich Ausdruck geben, daß die Gefühle, die heute die führenden Genossen in der USP und in der bisherigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands befeuern, übergehen mögen auf das Gros der Arbeiterklasse. Denn nur geeint sind wir imstande, die bevorstehenden Kämpfe siegreich durchzuführen.“

Das war gewissermaßen ein testamentarisches Vermächtnis des Alten an die jüngere Generation. Diese Mahnung zu beherzigen ist um so mehr Pflicht der heute Wirkenden, als die schweren wirtschaftlichen und politischen Lasten, die den Einzelnen wie die Gesamtheit zu erdrücken drohen, die Sammlung aller Kräfte in einem Willen und zu gemeinamem Ziel gebieterisch erfordern.

Ein Rückblick auf das Leben des nunmehr Verstorbenen bedeutet einen Blick über die Entwicklung der Arbeiterklasse von ihren ersten tastenden Schritten auf dem Wege der Selbst-

ständigkeit bis in die Gegenwart, die die Organisationen der Arbeiter zu einem Machtfaktor im Staats- und Wirtschaftsleben hat werden lassen. Wilhelm Pfannkuch war diesen Weg mitgegangen. Er hat in der Gewerkschaft wie in der Partei eine führende Rolle gespielt. Schon 1884 wählte ihn der 6. Berliner Wahlkreis in den Reichstag an Stelle des damals doppelt gewählten Hasenclever. Von 1898 bis 1906 vertrat er den Wahlkreis Magdeburg im Reichstage, und 1912 wurde er vom damaligen 3. Berliner Kreis aufs neue ins Reichsparlament entsandt. Nach der Revolution gehörte er auch der Räteversammlung an, als deren Alterspräsident er die erste Sitzung eröffnete und seine Genehmigung darüber zum Ausdruck brachte, daß er den Sieg des demokratischen Gedankens noch miterleben durfte. Seit 1894 hatte Pfannkuch als Sekretär dem Parteivorstand angehört. Dort, wie auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der er seit 1900 bis zu seinem Tode angehörte, ein Muster der bescheidenen Pflichterfüllung. Noch bis vor wenigen Tagen schritt der Alte aufrecht und rüftig in sprichwörtlicher Pünktlichkeit über den Asphalthof des „Vorwärts“-Gebäudes, um seinen Platz im Bureau des Parteivorstandes einzunehmen. Er hat ausgescharrt, bis die schwere Krankheit auch seinen Willen und sein Auge brach.

Nun hat der Allbezwinger auch diese ragende Säule aus der großen Zeit der Sozialdemokratie gefällt. Trauernd senken sich die Fahnen vor seinem Sarge, aber bald werden sie sich wieder erheben und in seinem Sinne vorangetragen werden dem vorwärtsschreitenden Heer, das eine neue, bessere Welt erobern will.

Vorbedingungen der Währungsgefundung

Vor dem wirtschafts und finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat der Reichsfinanzminister, Genosse Hilferding, eine Rede zur Finanzlage des Deutschen Reiches gehalten, welche mit rücksichtsloser Offenheit die geradezu furchtbaren Schäden aufdeckte, welche der deutschen Währung und den deutschen Reichsfinanzen durch die lasche Finanzpolitik der vergangenen Regierung entstanden sind. Die Kritik, die er übte, bewegte sich in durchaus sachlichem Rahmen und beschränkte sich nicht auf unfruchtbare Vorwürfe, sondern wies den einzig möglichen Ausweg: durch Befundung der Reichsfinanzen, durch Lösung des Ruhrkonfliktes auf dem Wege außerpolitischer Verhandlungen, durch straffte Einschränkung der Staatsausgaben gilt es, die Vorbedingungen für eine neue Währung zu schaffen. Was Genosse Hilferding über die Einschränkung der Ruhrkredite, den Abbau der Bausteuersubventionen des Reiches und über die Beschleunigung der Erwerbslosenversicherung gefagt hat, wird sicherlich in manchen Punkten gerade bei der Arbeiterschaft auf Widerpruch stoßen. Aber der Reichsfinanzminister hat Recht, wenn er immer wieder mit allem Nachdruck darauf hinweist, daß die Vorbedingung der Währungsgefundung die Stilllegung der Rotenpresse und die Beseitigung der Inflationssteuer sei, der ärgsten und schlimmsten Steuer, die auf der Arbeiterschaft lastet.

Die eindringlichen Worte, die Genosse Hilferding an alle Kreise richtete, um vor Illusionen zu warnen, galten ebenso sehr der Arbeiterschaft wie dem Besitz. In diesen Zeiten maßloser Erbitterung über die katastrophale Leuerung findet gerade bei der Arbeiterschaft manche billige Parole, die Hilfe verspricht, immer noch Gehör. Hilferding legte dar, daß er sich der Gefahren bewußt ist und beschränkte sich nicht darauf, von allen Seiten Opfer zu fordern, sondern er appellierte mit besonderem Nachdruck an das eigene Interesse gerade der bedrängten Kreise, die endlich erkennen sollten, daß der Untergang des Reiches auch der Untergang der Wirtschaft sein würde. Seine nüchterne Einstellung gegenüber dem Gesamtproblem, der Hinweis auf die katastrophale Erschütterung der deutschen Wirtschaft und Finanzlage zeigen deutlich, daß er des Ernstes seiner Aufgaben sich bewußt ist. Der ganze Inhalt seiner Rede ist ebenso weit entfernt von jeder billigen Populärkatharsis, wie von irgendwelcher kleinlichen Rücksicht auf die Interessentendemagogie, die jetzt gegen die neuen Steuern entfesselt wird. Sein Programm, durch außerpolitische Lösung und finanzpolitische Festigung endlich den Boden für bessere Wirtschaftsverhältnisse zu schaffen, wird bei allen denjenigen Zustimmung finden, denen es ernsthaft um die Erhaltung des Staates und um die Wiederaufrichtung der Volkswirtschaft zu tun ist.

In der gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftspolitischen und des Finanzpolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates am 12. September 1923 über die Entschlebung des Währungs-ausschusses vom 7. September 1923 gab der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding Erklärungen ab über die Währungsfrage und Finanzlage des Reiches. Nachdem der Minister die bisherige Stellung der Regierung zur Währungsfrage charakterisiert hatte, antwortete

er auf einige aus der Mitte des Reichswirtschaftsrates gestellte Fragen:

Ich will dem Herrn Redner zunächst erwidern, daß ich in bezug auf die Lebensmittelversorgung wohl erklären kann — das ist natürlich an sich Sache des Herrn Ernährungsministers —, daß bis zum 15. Oktober der Getreidebedarf resp. Mehl- und Brotbedarf sichergestellt ist. Ferner arbeitet die Reichsgetreidestelle daran, Getreide zunächst aus der inländischen Ernte heranzubringen. Die Reichsgetreidestelle bezahlt mit Goldanleihe. Die Goldanleihebestände werden abgestempelt und können von den Landwirten, die Getreide anbieten, als Steuerzahlung auf die Landabgabe benutzt werden. Es ist also hier ein werbe-ständiger Zahlungsmittelverkehr eingerichtet. Die Reichsgetreidestelle hat gewisse Bestände für die Zeit nach dem 15. Oktober bereits herangebracht. Uebrigens ist ein Gesetzentwurf vom Ernährungsministerium ausgearbeitet, der das Kabinett bald beschäftigen wird, der, falls notwendig, auch darüber hinaus noch für die Bewegung der Ernte Vorsorge treffen wird. — Was die Versorgung mit Fett und Margarine anlangt, so sind aus den Devisenbeständen, die durch die Devisenabgabe zur Verfügung stehen, in erster Reihe hierfür Devisen zur Verfügung gestellt worden. Ich hoffe, daß es gelingen wird, auch die notwendige Fettzufuhr sicherzustellen. Das zunächst über die Lebensmittelversorgung.

Dann ist ganz allgemein nach der Finanzlage des Reiches gefragt worden. Meine Herren, nach den Ausführungen, die ich vor einiger Zeit gemacht habe und nach den verschiedenen Reden des Herrn Reichsanwalters muß auch Ihnen die Finanzlage des Reiches in den allgemeinen Umrissen bekannt sein. Sie läßt sich in ein Wort zusammenfassen: Die Finanzlage ist eine solche, daß wir andere Ausgaben als die zur Erhaltung des Reiches notwendigen nicht werden leisten können. Die bedeutendsten Ausgaben sind die für die Ruhr. Diese Ausgaben sind ganz außerordentlich gewachsen. Die Dinge haben sich im Ruhrgebiet folgendermaßen entwickelt: Wir haben von Anfang der Ruhraktion an verhältnismäßig große Summen für Bahnversicherungen, für Erwerbslosenfürsorge zu zahlen gehabt. Heute muß man sagen, daß fast die gesamte Bevölkerung der besetzten Gebiete zum großen Teil durch Reichsmittel ernährt wird. Sie können sich denken, was das für einen Aufwand bedeutet. Dabei ist die Sache nicht stehen geblieben, sondern wir haben auch noch in steigendem Maße das Betriebskapital für dieses Gebiet aufbringen müssen. Die Dinge sind doch so: es gibt keinen Abfluß, es gibt keinen Verkauf, die Werke arbeiten auf Lager oder beschäftigen die Arbeiter in irgendeiner Weise, ohne daß in Wirklichkeit Produkte hergestellt werden. Die Werke hatten also keine Einnahme und forderten, daß die Löhne und auch die Kosten für die Beschäftigung der Arbeiter schließlich vom Reich getragen werden. Darüber hinaus werden Reichsmittel, man kann heute wirklich sagen, von einem großen Teil der gesamten Bevölkerung beansprucht. Vielleicht ist es etwas übertrieben, aber nach den Darstellungen, die mir zuteil geworden sind, beziehen in immer größerem Maße auch z. B. Angehörige der freien Berufe, Rechtsanwält, Ärzte, Künstler usw. bei der sicher prekären Lage, in die sie gekommen sind. Unterstützungen aus Reichsmitteln. Es kommt hinzu, daß auch der Handel in Form von Krediten Betriebskapital vom Reich erhalten hat. Ich erinnere daran, daß nach den letzten Unruhen im Ruhrgebiet alle Lebensmittelgeschäfte geschlossen hatten. Da die Inhaber erwerbslos waren, bezogen sie zunächst Reichsmittel; dann verlangten sie zur Wiedereröffnung ihrer Geschäfte Kredit, um Lebensmittel einzukaufen. Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß ein ganz großer Teil der Bevölkerung aus Reichsmitteln lebt, und wir außerdem einen erheblichen Teil des Betriebskapitals für die Aufrechterhaltung der mehr oder minder produktiven Arbeit dort unten zu leisten haben. Das ist ein Zustand, den ich vorgefunden habe.



### Die Abhilfe

Für die Beurteilung dieser Frage kommt der Umstand in Betracht, daß wir ja dort eine ordnungsgemäße und effektive Verwaltung gar nicht haben. Alle unsere tüchtigen, energiegelassen Beamten sind ausgewiesen. Zum großen Teil werden Bewilligungen und Auszahlungen der Lohnsummen und Erwerbslosenunterstützungen durch die Kommunalverwaltungen vorgenommen. Es ist klar, daß diese Kommunen im besetzten Gebiete in ganz außerordentlichem Maße unter dem Druck der Verhältnisse stehen, daß in diesen Industriezentren der Druck der Bevölkerung stark wirkt und daß infolgedessen auch weniger berechtigten Ansprüchen nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten wird. Wenn aber keine Verwaltung besteht, die durchgreifen kann, dann ist es natürlich ungeheuer schwer, sich eine richtige Ausgabenkontrolle zu verschaffen; dann ist es vor allem ungeheuer schwer, Ausgaben, die weniger notwendig oder entbehrlich erscheinen, tatsächlich von hier aus zu beseitigen. Es bliebe also nur der andere Weg, einer teilweisen Einschränkung aller Ausgaben im besetzten Gebiet überhaupt.

Diese Frage ist von außerordentlicher politischer Tragweite. Die Lösung des Ruhrkonflikts muß im Wege von beschleunigt geführten Verhandlungen gesucht werden. Das liegt selbstverständlich zuerst im deutschen Interesse, aber auch nicht minder im französischen, ja, in dem aller anderen Staaten. Denn ein plötzlicher Abbruch würde verhängnisvolle Folgen haben. Er bestünde ja nicht etwa bloß darin, wie sich das Ausland vorstellt, daß die Arbeiter nun an die Arbeit gingen, und alles wieder in Ordnung käme; es kommt dann vielmehr zu den schwersten sozialen Erschütterungen in den Ruhrgebiet selbst. Würden wir aber rein mechanisch die Kredite abbrechen, dann ist die Gefahr da, daß die ohnedies sehr erregte Bevölkerung das nicht versteht, daß die Einfüsse der Reichs- und Linksradikalen auf diese Bevölkerung stärker werden, daß wir dort also zu höchst gefährlichen Gärungen und Unruhen kommen. Die Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens würde dadurch erst recht gefährdet. Auf der anderen Seite kann die Finanzwirtschaft nicht gesund werden, wenn diese Ausgaben in der bisherigen Weise fortgehen, gerade auch im Hinblick auf die Lage auf dem Devisenmarkt.

Natürlich kann das nur in dem unbedingt notwendigen Maße und in allmählicher Weise erfolgen. Ich will nicht ein absolut abschließendes Wort sagen, aber ich muß doch aussprechen: nach allen Informationen, die mir zugänglich sind, wird die verhältnismäßige Geldstillschaltung auf dem Markt, und werden die sehr starken Devisenanforderungen an der Börse wesentlich in Zusammenhang gebracht mit den starken Ausschüttungen im besetzten Gebiete. Wenn eine Änderung auf dem Geld- und Devisenmarkt erfolgen soll, so muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Mittel für das Rheinland gefürzt werden. Ich habe gesagt, wie ungeheuer schwer eine solche Kürzung ist; aber ich glaube, es ist jetzt ein Weg gefunden, auf dem wir zu erheblichen Einschränkungen der Summen kommen werden, die in das besetzte Gebiet fließen, Einschränkungen, die auch für die so sehr leidende Bevölkerung noch erträglich sein werden. Ich denke, daß die Bage auf dem Devisenmarkt sich durch eine Einschränkung der Ausschüttungen ganz wesentlich ändern wird. Ich hoffe auch, daß durch die neue Maßnahme der Einschränkung des Devisenhandels auf einen bestimmten Kreis von Banken es möglich sein wird, eine stärkere Kontrolle auszuüben und im Zusammenhang damit unnütze Importe von der Devisenseite her zu verhindern.

Zusammenfassend will ich sagen, daß finanziell die Besetzung und ihre Folgen außerordentliche Anforderungen stellen, die in der vorgesehenen Form auf lange Dauer von den Finanzen nicht getragen werden können. Mit demselben Nachdruck aber muß ich erklären, daß

auch alle anderen Ausgaben bis auf das Maß, das für die unmittelbare Erhaltung des Reiches notwendig ist, gestoppt werden müssen.

Ich habe eine Reihe bestimmter Maßnahmen im Auge, die eine harte finanzielle Wirkung haben werden. Es werden harte Maßnahmen sein; aber sie werden und müssen durchgeführt werden, denn sonst wird niemand die Verantwortung für die Führung des Finanzministeriums übernehmen können. Von dieser Seite her wird eine bedeutende Einschränkung der Inflation in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich sein.

Das ist augenblicklich das Wichtigste. Es muß mit der ganzen Dotationswirtschaft, mit dieser ganzen Unterstüchtungswirtschaft gebrochen werden. Einige Dinge sind sehr akut. Ich will an die finanziell unerträgliche und

### Die Mark in New York.

In New York war auch gestern der Stand der Mark gegen vorgestern unverändert. Die Schlussnotierungen ergaben wieder nach dem Geldkurs 114,38, nach dem Briefkurs 100 Millionen Mark je Dollar.

rauf zu beteiligende Wirtschaft mit den Bauzuschüssen erinnern. (Sehr richtig!) Wir haben augenblicklich noch etwa die 30.000fache Marke. Die Wohnungsbaubaugebiet spielt infolgedessen keine nennenswerte Rolle. So sollen wir in Wirklichkeit augenblicklich noch sehr viele Bauten, die im Deutschen Reich errichtet werden, zum großen Teil aus Reichsmitteln. Das ist ein Betrag, der jetzt in die Billionen geht, und für den Deckung nicht vorhanden ist. Hier muß sofort und ebenfalls unter Hintanhaltung von Bedenken, die in normalen Zeiten durchaus gerechtfertigt wären, Abhilfe geschaffen werden.

Gestatten Sie eine allgemeine Bemerkung! Es muß endlich die Ueberzeugung in die Volksmassen hineingetragen werden, daß es keine schlimmere und keine ärgere Steuer gibt als die Inflationsteuer. (Sehr richtig!) Demgegenüber ist jede Steueranpassung eine Wohltat, die man dem Volke erweist, ist eine jede Ausgabenbeschränkung, wenn sie auch im ersten Augenblick noch so hart scheinen mag, auf die Dauer ein Dienst am Volke gegenüber dem

#### Jortrasen dieser Nordmaschine, der Notpresse.

Wenn das nicht in die Köpfe des Volkes hineingehämmert wird, wenn das Volk nicht endlich dazu erogen wird, daß es versteht, daß die Inflation das wahre Unglück ist, wenn das Volk bei diesen Droßelungsmaßnahmen nicht mitut, dann gibt es für uns überhaupt keine Rettung mehr. Es ist die Aufgabe aller Wirtschaftskreise: der Gewerkschaften, der Industriellen, der Landwirtschaft, diese Ueberzeugung in die Massen zu bringen und ihnen zu sagen, daß es überhaupt nur auf diese Weise eine Hilfe gibt und nicht durch irgend welche technische Mittel oder angeblich rettende Erfindungen. Man muß verstehen lernen, daß eine anständige und ehrliche Finanzengbarung allein der Weg ist, der zum Ziele führt. (Wohlfühlige Zustimmung.)

Ich erwähne ein anderes Problem. Wir kommen unter Umständen in eine sehr

#### Schwere Erwerbslosigkeit

hinein. Es ist zu wenig dafür gesorgt, daß für die Unterstüchtung der Erwerbslosen Deckung zur Verfügung steht. Man hat eben gedacht: Auch das wird wieder die Reichskasse und die Notpresse zu schaffen haben. Die Erwerbslosenversicherung hat im Reichswirtschaftsrat lange gelegen; sie liegt jetzt im Reichstag. Wenn sie im Reichstag fertig wird, ist vorläufig noch nicht zu übersehen. So gehen diese Dinge heutzutage nicht. Ich übersehe nicht die versicherungstechnischen Details der Arbeitslosenversicherung. Ich weiß, daß es eine komplizierte Materie ist und man kann über Einzelheiten lange streiten. Wenn es notwendig ist, soll darüber gestritten werden. Aber der finanzielle Teil der Vorlage muß in der einen oder der anderen Weise in ganz kurzer Zeit zur Erledigung kommen, damit wenigstens eine teilweise Deckung vorhanden ist, wenn diese außerordentlichen Ansprüche an uns herantreten. Wenn man vom Finanzminister verlangt, daß er nur noch produktive Arbeitslosenversicherung leistet, daß der demoralisierende Einfluß der bloß unterstützenden Fürsorge ausgeschaltet wird, so muß man sich auch darüber vollständig klar sein, daß wirklich produktive Erwerbslosenversicherung infolge der hohen Kosten, die sie erfordert, vielleicht das Acht- bis Zehnfache der bloßen Unterstüchtung bedeutet. (Sehr richtig!) Wenn man solche Forderungen erhebt, die sozial durchaus berechtigt sind, deren Durchführung niemand heißer wünschen möchte als ich, so muß man auch auf der anderen Seite darüber klar sein, daß es dann nicht geht, die ganze Erwerbslosenversicherung allein dem Reich aufzuladen, einem Reich, das nahezu zahlungsunfähig geworden ist.

Ich möchte von weiteren Problemen nicht sprechen. Es hat heute keinen Sinn, eine Politik zu verkünden, bevor wir die nächsten Wochen gesichert haben. Ich will nicht davon sprechen, daß auch die Ausgabenwirtschaft in den Ländern und Kommunen nicht mehr so weiter gehen kann. Das einzige Mittel, um hier zu einer Änderung zu kommen, besteht darin, daß

die Länder und Kommunen wieder die Verantwortung für ihre Ausgaben erhalten.

(Sehr richtig!) Das wird nur dann der Fall sein, wenn sie auch

die Verantwortung für die Steuern, also eigene Steuerquellen haben. Es wird also auch hier für eine ausreichende Reform gesorgt werden müssen. Ich bespreche aber diese Dinge nicht weiter. Denn unsere Sorge ist jetzt: wie kommen wir über die nächsten Wochen hinweg? Wie sichern wir hier das Volk, daß nicht ein Chaos eintritt? Wie sichern wir die Existenz des Reiches?

Zum Schluß noch ein Wort: Ich sehe zwei Gefahren. Erstens eine Zurückhaltung der Ernte. Wenn man vielleicht auch psychologisch begreifen kann, daß der Landwirt angefaßt der schwankenden Währung keine Erzeugnisse zurückhält, — es ist die denkbar größte Gefahr, die uns augenblicklich bedroht, wenn die Städte von Nahrungsmitteln entblößt sind. (Sehr richtig!) Ich möchte die Vertreter der Landwirtschaft dringend bitten, in ihren Kreisen alles daran zu setzen, daß dieser Zufluß in die Städte erfolgt.

Und noch ein anderes, das zurückführt zu dem Thema der Währungsfrage. Es ist ganz sicher, daß Repudiations-tendenzen (Steigerung zur Ablehnung) für die Papiermark bestehen. Aber man soll das jetzt nicht überbetonen, und man soll keine Panikstimmung in der Bevölkerung unterstücken. (Sehr richtig!) Genau das Gegenteil muß geschehen! Solange die Papiermark geschäftliches Zahlungsmittel bleibt, solange in der Papiermark die Steuern erhoben werden, solange ist für die Papiermark ein wenn auch beschränkter Zirkulationsradius vorhanden, und solange kann eine völlige Entwertung der Papiermark nicht eintreten. Man soll der Bevölkerung, statt ihr fortwährend zu sagen: „Jetzt kommt ein neues Zahlungsmittel, und das wird die Rettung bringen“, ganz offen sagen, daß auch das neue Zahlungsmittel allein nicht sofort Rettung bringen kann, sondern daß dazu die anderen Maßnahmen notwendig sind, von denen ich früher gesprochen habe.

Es handelt sich augenblicklich um die kritischste Periode, die seit Gründung des Reiches überhaupt da war, vielleicht um die kritischste Periode, die in der Existenz eines großen Reiches je vorhanden gewesen ist.

Von diesem Bewußtsein muß man erfüllt sein, und man muß sich klar sein, daß jetzt keine Zeit ist zu irgend etwas anderem, als dafür zu sorgen, daß der Bürgerkrieg, das Chaos, vermieden wird, daß wir über diese Zeit hinwegkommen müssen, die wir brauchen, um die außenpolitische Lösung zu finden, und daß wir dann erst die Grundzüge haben werden, auf der eine erprobte, consequente Aufbauarbeit möglich ist. Und dazu müssen Sie, die Sie hier die Wirtschaft in allen ihren Teilen repräsentieren, in erster Linie beitragen in dem festen Bewußtsein und in der Ueberzeugung, die Sie alle haben müssen, daß, wenn das Reich zu Grunde geht, es eine deutsche Wirtschaft nicht mehr gibt. (Sehr richtig!) Alles, was Sie heute opfern, ist nichts anderes als die Versicherungsprämie, die Sie sich selbst zahlen. Auf der anderen Seite können Sie überzeugt sein, daß alles geschieht, was menschenmöglich ist, und das, was von uns verlangt wird, geht beinahe über Menschenkraft hinaus — um diese zwei Bedingungen zu erfüllen: die außenpolitische Lösung und die finanzpolitische Festigung. (Wohlfühlige Bravo!)

Im Verlauf der Debatte ergriff der Reichswirtschaftsminister von Raumer das Wort über die Devisenfrage. Seinen kurzen Ausführungen hierüber entnehmen wir folgendes:

In einem Lande, in dem die Ausfuhr derart zurückgegangen, der Einfuhrbedarf aber konstant geblieben sei, müsse ein erhöhter und ungedeckter Devisenbedarf vorhanden sein. Aus Rhein und Ruhr gebe es zurzeit keine Ausfuhr. Die Einfuhren von Nahrungsmitteln, von Textilien, von englischer Kohle würden aber weiteransteigen. Deshalb sei es sehr wohl erklärlich, daß Erscheinungen auf dem Devisenmarkt eintreten, wie sie sich heute zeigen. Was demgegenüber geschehen könne, sei im besten Falle Abmilderung dieses Zustandes. In einer derart anomalen Wirtschaft sei ein allgemeines Einfuhrverbot aus den damit verbundenen unübersehbaren Konsequenzen undurchführbar. Auch wenn man die Einfuhr nur für gewisse Zeit verbiete, so könnten sich hierbei eine große Zahl von Betriebsstilllegungen ereignen. Auf dem Wege der Einzelgenehmigungen hierfür Abhilfe zu schaffen sei praktisch nicht möglich, weil auch Einzelbewilligungen nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit zu erledigen seien. Das Mittel, welches der Öffentlichkeit im allgemeinen entgangen sei, sei aber in den Ausführungsabstimmungen zur Devisenverordnung gegeben. Auf Grund der Handelskammerbescheinigung dürften Devisen nur gekauft werden, um den betreffenden Betrieb auf jeweils 2 Monate mit Rohstoffen und Holzzeugen zu versorgen. Diese Kontrolle erfolgte tatsächlich, sie werde weitergehend geübt,

### Herrn Melchior's gute Idee.

Von Hans Bauer.

Alle Nachmittage, wenn ich in mein Stammcafé gehe, um halb aus Berufspflicht, halb aus natürlichem Begehren, die wesentlichen Tageszeitungen zu lesen, sitzt da auch der Rollerei-Geschäftsinhaber Melchior. Ich kenne ihn seit vielen Monaten. Er ist ein kleiner untersehler Herr mit Pickeln auf der Nase und einem ewig geröteten Gesicht, das dunkelviolette Adernchen durchzuckt. Zuweilen ist Herr Melchior mit Kartenspiel beschäftigt, meist aber sitzt er nur recht bequem in ein Sofa gesetzt und guckt den Rauchwölkchen nach. Ne aus seiner Pfeife träufeln. Herr Melchior hat's geschafft. Sein Geschäft „geht“. Er braucht sich gar nicht darum zu kümmern. Seine Frau und ein Fräulein bedienen es. Die Ware wird ihm ins Haus gebracht. Herr Melchior trifft nur die großen Direktiven, die ihm in jeder Woche laum einige Minuten in Anspruch nehmen dürften. Herr Melchior spricht wenig. Ich glaube, er ist zu faul dazu. Manchmal kommt an seinem Tisch das Gespräch auf politische Dinge. Herr Melchior verhält sich dann neutral. Er scheint der Meinung zu sein, daß kein politisches Gedankengebäude der Welt die Berechtigung seiner Existenz in Frage stellt, und da interessieren ihn diese Gedankengebäude einfach nicht.

Neulich habe ich Herrn Melchior aber doch einmal sprechen hören. Er erzählte da, wie er vor 30 Jahren als Reisender angefangen habe. Er habe damals in der Theresienstraße gewohnt. Eines Tages sei gegenüber ein Laden frei geworden. Da sei er auf die gute Idee gekommen, ein Rollereigeschäft darin zu errichten.

„Auf die gute Idee gekommen...“ Wie Herr Melchior dies sagt, blitzen seine Augen verächtlich, liegt um seine Mundwinkel ein Triumphatorlächeln. Man merkt es Herrn Melchior an: Er ist stolz auf diese gute Idee, die er vor 30 Jahren hatte. Nicht nur seine leibliche Existenz baut sich auf ihr auf, er betrachtet sie auch als geistige Meisterleistung, als sittliche Begründung körperlichen Wohlstandes.

Herr Melchior lehnt nun wieder in seiner Ecke, erschöpft von seinem Bericht, still lächelnd, in selbiger Selbstzufriedenheit.

Unsereiner hat schließlich auch seine Ideen. Manchmal sogar sehr komplizierte. Meist geht ja aus ihnen nur ein Gedicht, eine Novelle oder ein Drama hervor, in den schwereren Fällen aber doch auch eine Bewegung oder eine neue Gesinnung.

Seit Herrn Melchior weiß ich nun erst, wie belanglos sie in Wahrheit sind; denn wie leuchtend steht gegenüber ihnen allen seine gute Idee da, die Herrn Melchior bis an sein mildes Ende von der traurigen Pflicht entbindet, noch Ideen haben zu müssen.

### Sinclair — der Aufrührer.

Der Name des berühmten amerikanischen Schriftstellers Upton Sinclair, dessen soziale Romane auch die Leser dieses Blattes zu Geficht belamen, dürfte allseitig bekannt sein. Einen „kriminellen

Syndikalismus“ aber, der in Verbindung mit Sinclair gebracht würde, ist auf den ersten Blick so hundertstagsmäßig unwahrscheinlich, daß man versucht wäre, an eine Zeitungsente zu glauben. Und nun höre und laune der Leser, was Sinclair selbst darüber in der New Yorker Zeitschrift „Liberator“ zu berichten hat. In der kalifornischen Stadt Los Angeles brach ein landläufiger Streit aus. Die Polizei ließ sich von einer Unternehmerrorganisation breitschlagen, die Streikenden gewaltsam niederzurufen. Sie verhaftete unter den niedrigsten Vorwänden Streikende, machte deren Versammlungen unmöglich, konfiszierte rote Fahnen und mißhandelte in der grauamsten Weise die Verhafteten.

Sinclair wurde darob seinem eigenen Gelübde, sich niemals mehr in politische Konflikte einzulassen, untreu, und führte eine Abordnung zum Bürgermeister, um die Erlaubnis zu einer Versammlung zu erhalten, in der er die — Konstitution der Vereinigten Staaten vorlesen und erläutern wollte. Der Bürgermeister sandte die Abordnung zum Polizeihauptling, der drohte, jeden, der es wagen sollte zu sprechen, zu verhaften. Man kehrte sich aber nicht an das Verbot und eröffnete auf einem Grundstück um 10 Uhr abends eine Versammlung. Sinclair begann den Abfuh der Verfassung vorzutragen, der die persönliche sowie die Rede- und Versammlungsfreiheit zum Inhalt hat. Weiter kam er aber nicht, denn die Polizei verhaftete ihn. Trotzdem der Distriktsanwalt sich weigerte, eine Anklage wegen kriminellen Syndikalismus gegen Sinclair zu erheben, wurde er doch auf Grund dieses Deliktes unter Anklage gestellt, weil er „Gedanken und Theorien debattiert und Lepra, die ungesund und angetan sind, die Freiheit des Landes, die Rechte des Privateigentums und die persönliche Freiheit der Bürger des Landes zu beeinträchtigen“.

Wie dieser juristische Wortkampf ausging, steht einstweilen noch nicht fest. Daß die politischen Bergehen um ein neues Delikt, das des „kriminellen Syndikalismus“ bereichert wurden, und die Verletzung einer Staatsverfassung auf freiem Grund vor freien Bürgern als staatsgefährliches Unterfangen bewertet wird, ist eine reizende Zeitbilanz. Heil Kolumbia!

**Metalle im menschlichen Körper.** Im Bericht der Pariser Akademie findet sich eine Untersuchung von einem Naturforscher mit dem freilich etwas unfranzösischen Namen Emile Nist, der sich mit dem Zinn-Vorkommen im menschlichen Körper beschäftigt hat. Er findet, daß Zinn regelmäßig in der Leber, im Magen, in den Nieren, in der Lunge und im Gehirn vorhanden ist, meist kommen 3 bis 4 Zentigramm auf 100 Gramm. Andere Körperteile haben wenig oder gar kein Zinn. Das Vorkommen des Zinns scheint konstant zu sein, es tritt nicht etwa mit dem Alter eine Anreicherung ein, wie man erwarten möchte, wenn es sich etwa bloß um zufällige Bestandteile der Nahrung handelte, die irgendwie abgehoben und abgelagert würden. Schon früher ist festgestellt worden, daß auch Zinn und Kupfer zu den regelmäßigen Bestandteilen unseres Körpers gehören, während man sonst wenigstens das Kupfer nur von seiner giftigen Seite kennt. Es ergibt sich daraus, daß diese Metalle in unserem Leben wohl eine wichtigere Rolle spielen, als wir bisher wissen. Ihre Funktion ist uns nur noch dunkel und solange überhaupt unbekannt geblieben, weil sie im Verhältnis zum Eisen in recht geringen Mengen vorkommen. Eisen hat der Durchschnitts-

mensh ja so viel in seinem Blute, daß man sechs oder sieben mittlere Hühnerköpfe daraus schmieden könnte. Da wir nun alle unsere Nahrungsmittel direkt oder indirekt von den Pflanzen haben, ist daraus zu schließen, daß auch an der Ernährung der Pflanzen die verschiedenen Metalle, Kupfer, Zinn, Zink, Mangan usw. neben dem Eisen irgendwie beteiligt sein werden, freilich wohl in noch härterer Verdünnung als im Tierkörper.

Dr. M.

**Die Milch nützlich, aber nicht nötig.** Bekanntlich gehört die Milch zu den Organen des menschlichen Körpers, über deren Funktion und Nutzen noch wenig Klarheit herrscht. Jetzt veröffentlicht der französische Professor Charles Nicot in den Berichten der Pariser Akademie eine Reihe von Versuchen, die er an Hunden angestellt hatte. Er hatte 30 Hunde, von denen einem Teil die Milch herausoperiert war; diese Hunde unterwarf er einer dreißigtägigen Hungerkur. Es zeigte sich, daß von den mißglückten Hunden drei starben, und diejenigen, die nach dem dreißigtägigen Tage noch lebten, waren bedeutend schwächer als die anderen Hunde, die ihre Milch noch besaßen. Als dann die Tiere wieder gefüttert wurden, erholten sich sowohl die mißglückten Hunde wie die normalen in gleicher Weise sehr schnell. Es ergab sich also, daß die Milch doch mit der Ernährung etwas zu tun hat. Wo die Milch fehlt, macht sich Nahrungsmangel stärker bemerkbar, als wo sie vorhanden ist. Die Tätigkeit der Milch, so wenig man sonst noch von ihr weiß, vermindert das Bedürfnis nach Nahrung, die Milch ist also immerhin lebenswichtig. Man kann sagen, sie ist dem Tiere und natürlich auch dem Menschen nützlich, wenn sie da ist; aber man kann sie entbehren, freilich muß man dann mehr essen!

**Die Ueberkub.** Die Meisterin unter den Mächtlichen der Welt heißt May Echo und wohnt in Agostia, einer Stadt in Britisch-Kolumbien. Diese Kuh wurde kürzlich wegen der unerreichten Menge an Milch und Butter, die sie während eines Jahres gegeben hat, feierlich zur „Weltmeisterin“ unter allen Rüben erklärt. In 365 Tagen gab sie nicht weniger als 30.888 Liter Milch, woraus wiederum 1675 Pfund Butter gewonnen wurden. Damit erzeugte sie 86 Pfund Butter mehr als die bisherige Weltmeisterin unter den Mächtlichen. Sie gab über 16mal soviel Milch als ihr eigenes Gewicht beträgt und Butter fast soviel wie ihr Gewicht. May Echo wird viermal am Tage immer von demselben Wärter gemolken, der ihr auch das Futter verabreicht; sie ist niemals auf der Weide gewesen, sondern wird stets im Stall gehalten, mit Ausnahme einer kurzen Zeit während der Hitze, wo sie sich auf dem Hofe ergeht. Ihre größte Milchleistung war, wie in einer englischen Zeitschrift berichtet wird, 121 Liter an einem Tage. Die Rekordkub hat aber auch dafür einen erstaunlichen Appetit und verzehrte an dem Tage, an dem sie ihre Höchstleistung vollbrachte, fast 200 Pfund Futter.

**Kunstchronik.** Das Bildnis, das Fritz Kuhn, der Berliner Maler, in diesem Jahre von Adolf von Harnack gemalt hat, ist jetzt in der Preussischen Staatsbibliothek aufgehängt worden. Das Porträt des früheren Generaldirektors der Staatsbibliothek erhielt in dem Raum seinen Platz, der schon eine Reihe bedeutender Gelehrten-Bildnisse vereinigt.

In der Abgussammlung antiker Statuetten der Unterstadt (Dorotheenstr.) die Sonntag 10-11, Montag 10 $\frac{1}{2}$ -11 $\frac{1}{2}$ , Donnerstag 4-7 geöffnet ist, findet die nächste Zugung Donnerstag, den 30., 4 $\frac{1}{2}$  Uhr statt.



und es werden, wenn eine genügende Bevorratung vorhanden sei, die Handelskommissionen einfach entzogen. Diese Möglichkeit der Einfuhrbeschränkungen sei die einzig wirksame. Der Devisenkommissar sei bereits eingesetzt.

Am übrigen wies der Minister auf die Mittel hin, die zur Erleichterung der Devisenlage beitragen könnten, die vor allem aber darin gegeben seien, die Produktion derjenigen Erzeugnisse, die mir im Inlande hergestellt könnten, nach Möglichkeit zu steigern. Insbesondere wies er dabei auf den Steinkohlenbergbau im unbeflegten Gebiet hin, da durch dessen Mehrförderung der Einfuhrbedarf der englischen Kohle herabgesetzt und damit Devisen für die Einfuhr der notwendigen Nahrungsmittel freigegeben werden könnten. Es sei unerträglich, daß die Förderung gerade bei diesen Sachen zurückgegangen sei.

Ueber die Ausführungen des Reichsfinanzministers sowie über die Entschliessung des Währungsausschusses entspann sich eine lebhafte Debatte, an der sich Vertreter sämtlicher Wirtschaftsgruppen beteiligten. Ein Teil von ihnen sah in den Erklärungen zwar einen Weg zur Lösung des Währungsproblems für die Zukunft, nicht aber einen solchen zur Lösung der brennendsten Fragen der Gegenwart, die in der Gefahr der Zurückweisung der Papiermark und demzufolge in der Gefährdung der Mobilisierung der Ernte liegen.

Mit 23 gegen 20 Stimmen wurde die bereits veröffentlichte Entschliessung des Währungsausschusses angenommen, unter Abänderung der Ziffer 1 Abf. 1 wie folgt:

„Die Wiederherstellung und Erhaltung eines wertbeständigen Zahlungsmittels, das die Bedürfnisse von Staat und Wirtschaft befriedigt, ist ohne Beseitigung der Defizitwirtschaft bei den öffentlichen Gewalten, die eine weitgehende Entlastung der dort Beschäftigten zur Voraussetzung hat, und ohne die Heranziehung aller Schichten des deutschen Volkes nach dem Grade ihrer Leistungsfähigkeit zu höheren produktiven Arbeitsleistungen nicht möglich.“

Einmütig wurde beschlossen, die so abgeänderte Entschliessung ohne vorherige Zustimmung der Plenarversammlung an die Reichsregierung weiterzuleiten.

### Eine notwendige Feststellung.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Raumer hat in einer Rede vor dem Reichswirtschaftsrat die Notwendigkeit der Hebung der Ausfuhr betont. Um darzutun, daß die deutsche Ausfuhr einen enormen Rückgang aufweist, bediente er sich der Ausfuhrzahlen nach den erteilten Ausfuhrbewilligungen und fügte hinzu, daß die Ausfuhrbewilligungen „ein charakteristisches Bild von den Auftragsrückgängen geben“. Nach den Angaben Raumers betragen die Bewilligungen: im Mai 614 Millionen Goldmark, im Juni 880 Millionen Goldmark, im Juli 105 Millionen Goldmark. Raumer folgerte daraus die Konkurrenz- und Ausfuhr-Unfähigkeit unserer Industrie.

Wären die Zahlen des Reichswirtschaftsministers richtig, so würden sie allerdings die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft beweisen. Sie sind aber falsch, und es ist erstaunlich, daß der Minister, dessen ganzer Kampf der Beseitigung des Restes der Ausfuhrkontrolle dient, nicht weiß, daß in den von ihm genannten Zahlen vor allen Dingen der von seinem Vorgänger bereits begonnene Abbau der Ausfuhrkontrolle zum Ausdruck kommt. Herr Dr. Becker hat bekanntlich im Juni und Juli viele Ausfuhrwaren auf die Freiliste gesetzt. Es ist ganz klar, daß diese Beseitigung der Anmeldepflicht von Ausfuhrwaren in der Höhe der Ausfuhrbewilligungen zum Ausdruck kommen muß. Wenn das schon der Minister nicht gewußt hat, so sollten es doch eigentlich seine Berater wissen müssen.

Am übrigen zeigen die im reichsstatistischen Amt veröffentlichten Zahlen über die deutsche Ausfuhr am allerdeutlichsten die Unrichtigkeit der Raumerischen Angaben und Schlussfolgerungen. Nach der Reichsstatistik hat die gesamte Ausfuhr in 1000 Doppelzentner betragen: im Mai 9299, im Juni 8897 und im Juli 10 540. Die Ausfuhr hat sich also vom Mai bis Juli nicht um fünf Sechstel vermindert, wie Minister Raumer behauptet hat, sondern sie ist gestiegen. Diese Steigerung verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf alle Warengruppen. Infolgedessen darf man annehmen, daß auch der Wert der deutschen Ausfuhr vom Mai zum Juli nicht gesunken, sondern gestiegen ist.

Es ist bedauerlich, daß Herr v. Raumer, ohne sich beim statistischen Reichsamte über die tatsächliche Entwicklung der Ausfuhr zu erkundigen, durch absolut falsche Zahlen die Devisenlage in sehr starke Beunruhigung versetzt hat. Der Schaden ist aber nicht nur in Deutschland angerichtet. Noch bedauerlicher ist seine Feststellung, daß sich die deutsche Ausfuhr im Monat Mai auf mehr als 600 Millionen Gold beziffert hat. Diese Höhe hat die deutsche Ausfuhr nie gehabt, so daß durch diese irreführende Angabe diejenigen Kreise des Auslandes gestört worden sind, die die amtlichen Zahlen über die deutsche Handelsstatistik bisher als falsch bekämpft haben und sie als viel zu hoch angenommen haben.

### Keine Stundung der Devisenabgabe.

Der Kommissar für Devisenerfassung teilt mit, daß entgegen anders lautenden Nachrichten, die Frist für die Ablieferung nach der Verordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände vom 25. August 1923 nicht verlängert worden ist. Der letzte Abgabetermin ist demnach der 15. September 1923.

Dagegen ist die Frist zur Abgabe der nach § 8 der Verordnung vorgeschriebenen eidensstattlichen Versicherungen bis zum 30. September 1923 verlängert worden. Ein Mißverständnis dieser eidensstattlichen Versicherung ist im „Reichsanzeiger“ vom 12. September 1923, Nr. 21, enthalten.

### Die Anmeldepflicht für Edelmetalle.

Zur Anmeldepflicht von Edelmetallen ist eine Ergänzungsverordnung des Devisenkommissars erschienen, wonach nicht angemeldet zu werden brauchen: Gold oder Platin; und deren Legierungen, sofern der Gesamtwert 50 Goldmark nicht übersteigt, sowie Silber und Silberlegierungen, wenn der Gesamtwert den Betrag von 100 Goldmark nicht übersteigt. Der Anmeldepflicht unterliegen ferner nicht sogenannte Denkmünzen und Münzen von besonderer Kunst- oder Sammelwert und schließlich nicht solche Edelmetalle, die bis zum 20. September bei einer Reichsbankanstalt abgeliefert worden sind.

### Einhalt dem Währungsverfall!

Der Vorstand des AFA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes beschäftigten sich am Donnerstag mit der Währungsfrage. Sie faßten folgenden Bescheid: Die drohende Auflösung der deutschen Wirtschaft und die damit verbundene völlige Verwahrlosung der arbeitenden Volksschichten macht es dringend erforderlich, zunächst dem Währungsverfall Einhalt zu gebieten. Ohne die Still-

legung der Notenpresse ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Voraussetzung dafür ist die baldige Wiederaufnahme der Produktion im besetzten Gebiet und der Ausgleich des Reichshaushalts.

Soll die neue Währung aber nicht wieder dem Schicksal der Papiermark verfallen, so darf sie nicht dazu benutzt werden, das Defizit des Reiches zu decken, vielmehr bedarf das Reich zur Deckung seiner Ausgaben ausreichender wirklicher wertbeständiger Besitztütern, wobei auch auf die sofortige Erhebung einer einmaligen umfassenden Vermögensabgabe nicht verzichtet werden kann. Die neue Reichswährung ist durch den Goldbestand der Reichsbank sowie die vom Reich aus der Wirtschaft zu erfassenden Devisen und Sachwerte zu fundieren. Die bekanntgemachten Pläne der Reichsregierung über die Schaffung einer Privatnotendank müsse zu lebhaften Befürchtungen Anlaß geben, da einer auf privater Grundlage geschaffene Währung ohne jede Verbindung mit der heutigen Papiermark sein wird. Die Entwertung der Papiermark würde in noch schnellerem Tempo als bisher weitergehen und erneut diejenigen Bevölkerungsschichten aufs schwerste belasten, die auch dann ihr Arbeitseinkommen noch in Papiermark beziehen würden. Es muß deshalb entschieden abgelehnt werden, einseitig für bestimmte Erwerbsgruppen eine neue Währung zu schaffen. Sie muß planmäßig für alle Volksschichten eingeführt werden und als neues gesetzliches Zahlungsmittel zur Ablösung der bisherigen Papiermark führen. Das Privileg zur Herausgabe von Noten muß als ein Hoheitsrecht des Staates unangefastet bleiben.

### Gegen die Börsenspekulanten.

#### Eine Rundgebung der rheinischen Beamten.

Rhein, 14. September. (Wib.) In überaus stark besuchten Versammlungen der Reichspost- und Staatsarbeiter veranlaßten die Versammlungen in einer einstimmig angenommenen Entschliessung von der Regierung die allerstärksten Maßnahmen gegen die wasserlands- und gewinnlosen Elemente, die an der Kölner Börse in den letzten Wochen den endgültigen Verfall der deutschen Reichsmark herbeigeführt hätten. Sie fordern schärfste Freiheitsstrafen und vollständige Beschlagnahme des Vermögens. Da die arbeitende Bevölkerung seit 1914 ungeheure Opfer zum Wohle des Vaterlandes gebracht habe, so habe sie auch das Recht zu verlangen, daß mit den Schädlingen aufgeräumt wird.

### Ein Befehl Befehlers.

#### Keine Verbindung der Reichswehr mit illegalen Verbänden

Der Reichswehrminister Dr. Gessler erläßt folgenden Befehl: An die Reichswehr!

Es ist verständlich, daß in erregter Zeit wilde Gerüchte aller Art die öffentliche Meinung erregen. Diese beschäftigen sich auch mit der Reichswehr, als dem letzten Mittel von Reich und Staat zur Aufrechterhaltung von Verfassung, Recht und Ordnung. Häufig behaupten verfassungswidrige Organisationen, Verbindung mit der Reichswehr zu haben, in der durchsichtigen Absicht, dadurch verfassungstreue Kreise für ihre irren Zwecke zu gewinnen. Im Interesse des Vaterlandes und der Truppe muß ich diesen Treibereien entgegenzutreten. Von mir sind derartige Verbindungen durch klar Befehle längst verboten. Ich habe dies wiederholt öffentlich, insbesondere im Deutschen Reichstag zum Ausdruck gebracht. Wo Verbindungen der erwähnten Art in Einzelsachen wirklich einmal bestanden haben, sind sie gelöst. Verfehlungen einzelner Persönlichkeiten, die sich gelegentlich da und dort misbrauchen ließen und dafür harte Strafen verdienen, vermögen daran nichts zu ändern. Wie der Herr Reichspräsident, zuletzt am Verfassungstage, so habe ich mich selbst immer und überall für die Ehre und Pflichttreue der Truppe gegenüber allen Angriffen verbürgt. Ich bin überzeugt, daß auch in der kommenden schweren Zeit die Ehre des deutschen Soldaten blank bleibt. In diesem Vertrauen weiß ich mich einig mit dem Herrn Reichspräsidenten, dem Herrn Reichskanzler und der ganzen Reichsregierung. Wir sind deshalb gewiß, daß es gelingen wird, etwaige Versuche, unser Vaterland in neues Unglück zu stürzen — wobei sie auch kommen mögen —, im Keime zu ersticken.

### Konferenz der Innenminister.

Auf Veranlassung des Reichsministers des Innern fand am Freitag in Berlin eine Konferenz der Innenminister der Länder statt. Minister Sollmann entwickelte in dieser Konferenz sein Programm, insbesondere das von ihm beabsichtigte Verhalten gegenüber den Ländern. In der sich dieser Rede anschließenden Aussprache wurden insbesondere das Verhältnis zwischen Reich und Ländern gestreift und auch Vorschläge zur weiteren Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gemacht. Im Verlauf der Besprechung ergab sich grundsätzliche Übereinstimmung der Landesminister mit den Ausführungen des Reichsministers des Innern.

### Der Pariser Botschafterposten.

Der „Soz. Parl. Dienst“ schreibt: Die Verständigungsbestrebungen nehmen, soweit die Reichsregierung in Betracht kommt, ihren Fortgang. Scheinbar unter dem Druck der Wirtschaftler ist auch die französische Regierung jetzt offiziell bereit, der deutschen Regierung die Überwindung des letzten Hindernisses zu Verhandlungen nicht mehr allzu schwer zu machen. Zuvor scheint sie jedoch auf die Befehung des Botschafterpostens in Paris Wert zu legen, um so die Möglichkeit eines Gedankenaustausches mit einer deutschen Autorität zu haben, die ihr Vertrauen genießt. Selbstverständlich darf die eingeleitete Diskussion an einer Formalität nicht scheitern.

### Die Thüringer Krise.

Weimar, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Landesansatz der Thüringischen Sozialdemokratie befaßte sich am Freitag mit dem Sturz der Regierung. Es wurde beschlossen, nach Möglichkeit auch in Zukunft die Arbeiterregierung zu halten. Zu diesem Zwecke sollen mit den Kommunisten auf der Grundlage eines Mindestprogramms Verhandlungen aufgenommen werden. Die Ausfertigung dieses Programms erfolgt bis Montagabend durch eine hierzu besonders eingesetzte Kommission. Am Dienstagabend tritt die Fraktion zusammen, um zu der sich bis dahin ergebenden Entwicklung der Lage Stellung zu nehmen.

Zeitungsbefehle. Der Reichsminister des Innern hat die in Stuttgart erscheinende kommunistische „Neue Zeitung“ wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. August auf acht Tage verboten. Die bayerische Regierung verbot das Erscheinen des „Anberger Tagblattes“ für acht Tage. Das Blatt hatte in einem Vergleich zwischen dem Schicksal Mathenhaus und dem des jetzigen Reichskanzlers zur Ermordung Dr. Stresemanns aufgerufen.

Die „Sächsische Staatszeitung“ befindet sich in finanziellen Nöten. Es ist mit ihrer Einstellung, zumindest aber mit einer starken Einschränkung des Betriebes zu rechnen.

Buchdruckerlohn vom 15.—21. September: Epochenlohn 300 Millionen Mark. Schlüsselzahl für das Buchdruckgewerbe ab 15. September 720 000.

### Sieg der Militärpatristen.

#### Und der König absolut...

Paris, 14. September. (Wib.) Haas verbreitet folgende Depesche aus Barcelona von 5 Uhr nachmittags: Der Generalkapitän Primo de Rivera erklärte Jordan, daß er telephonisch mit dem Könige gesprochen habe. Dieser habe das von ihm vorgeschlagene Direktorium angenommen, dessen Präsidium er, der General, übernehmen werde. Der König Alfons habe ferner den Vorschlag des Generalkapitäns, den Belagerungszustand über ganz Spanien auszudehnen, angenommen. Da der König General Primo nach Madrid berufen hat, wird derselbe heute Abend seine Reise dorthin antreten.

Madrid, 14. September. (Eca.) Die Zeitung „El Sol“ veröffentlicht eine Nachricht, wonach die Militärs Herren der Lage sind und daß bereits in allen Städten Spaniens Landräte ernannt werden, ebenso daß alle Garnisonen gewillt sind, mit der jetzigen Politik Spaniens zu brechen, ohne daß sie sich gegen das nationale Leben Spaniens richten. In Madrid herrscht vollkommene Ruhe.

Barcelona, 14. September. (Eca.) Die Führer der militärischen Bewegung lassen alle Fremden auf das Strengste überwachen. Sie erteilen nur selten die Erlaubnis, die Grenze zu überschreiten. Auf offenem Meere haben sie ein Schiff beschlagnahmen lassen, dessen Nationalität unbekannt ist.

### Keine Unterstützung durch die Arbeiterschaft.

Madrid, 14. September. (Eca.) Der Volksrat der sozialistischen Partei und der Gewerkschaftsbund Union der Arbeiter hat einen Aufruf an die Arbeiter gerichtet und sie aufgefordert, die militärische Bewegung nicht zu unterstützen, sondern sie sich tollkühnen zu lassen.

Aus den neuesten Meldungen ergibt sich, daß sich die Bewegung vor allem gegen den liberalen Außenminister Alba richtete, über dessen Schicksal widersprüchliche Behauptungen vorliegen. Nach den einen Meldungen sollte er als erster unabhängig von den übrigen Ministern dem König sein Entlassungsgesuch eingereicht haben, nach anderen Versionen sollte er dazu vom König aufgefordert worden sein, sich aber zunächst Bedenkzeit erbeten haben, dem „Dois Mail“ zufolge sollte er von den Aufständischen gefangen genommen worden sein, die ihn vor einen Staatsgerichtshof bringen wollten, endlich soll er nach Frankreich geflüchtet sein. Ueberhaupt sind fast alle Meldungen über den Putsch, seine Ursachen und seinen Verlauf höchst unklar und widersprüchlich. Aber nach den letzten Nachrichten, die am Abend vorliegen, kann gar kein Zweifel daran sein, daß die Aufständischen ihren Willen überraschend schnell auf der ganzen Linie durchgesetzt haben und daß der König Alfons gegenüber dem Rebellengeneral Primo de Rivera ebenso klaglos kapituliert hat, wie vor Jahresfrist sein Kollege Victor Emanuel vor Mussolini.

### Verhandlungen über Fiume.

Belgrad, 14. September. (Eca.) Der italienische Geschäftsträger übermittelte der jugoslawischen Regierung den Wunsch Mussolinis, den Fiume-Konflikt in direkten Verhandlungen aus der Welt zu schaffen.

In der Bälterbundesversammlung, die sonst nichts Interessantes brachte, wurde Politik Griechenlands, als er das Wort ergriff, mit lebhaftem Beifall begrüßt.

England brängt weiter auf Räumung Korfus. Baldwin bleibt deshalb in Frankreich, um jederzeit Cecil, den Vertreter Englands im Bälterbund, treffen zu können. Griechische Meldungen berichten von albanischem Bandenterror im Epirus, der die Bevölkerung hindern soll, die Gefangenen der Mörder zu fördern. Die Nachricht von einer Verhaftung des griechischen Delegierten zur Grenzfestsetzungskommission, Obersten Bogaris, ist falsch; er ist nach Athen zur Berichterstattung berufen.

### Haager Gerichtshof ist für Polen lust!

Warschau, 14. September. (Wib.) Die „Rzeczpospolita“ schreibt, dürfte das Gutachten des ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag in der Frage der deutschen Ansiedler in Polen im Schoße des Bälterbundes begraben werden. Jedenfalls habe es keine rechtliche Kraft, die Durchführung der polnischen Maßnahmen gemäß den polnischen Befehlen aufzuhalten.

### Aufhebung der Grenzsperrung?

Herne, 14. September. (Wib.) Nach einer Mitteilung der hiesigen Ortskommandantur wird die Grenze Sonntag nachts 12 Uhr geöffnet. Die Abstampelung der Pässe wird schon Samstag aufgenommen.

### Aufhebung der Brückensperre Mannheim-Ludwigshafen.

Mannheim, 14. September. (Wib.) Wie die Postdirektion Mannheim mitteilt, wird die Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen nunmehr am 16. September wieder eröffnet und für den Personenverkehr freigegeben werden. Die Brücke passieren kann jeder, der ein weisses Passivum hat. Auch werden neue Pässe ausgestellt.

Dr. Reinhold Strecker ist von der Thüringischen Regierung als Oberschulrat für den Bezirk Eisenach und als Honorarprofessor für Pädagogik an der Universität Jena berufen.

Die Zeichnung auf die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches wird am 18. d. Mts. nachmittags 1 Uhr geschlossen.

### Ämtliche Devisenkurse.

	14. September		13. September	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 holländ. Gulden	35511000	35689000	38300000	38891000
1 argent. Pav.-Peso	20828500	20473500	30124500	30275500
1 belgischer Franc	4309200	4308000	4408950	4431050
1 norweg. Krone	14568500	14636500	14862500	15037500
1 dänische Krone	16353000	16441000	16758000	16842000
1 schwedische Krone	23940000	24060000	24588500	24681500
1 finnische Mark	23940000	24060000	24588500	24681500
1 japanische Yen	48291250	43080750	44688000	44912000
1 italienische Lire	8970050	3989950	4029900	4060150
1 Pfund Sterling	408073000	411025000	418060000	421030000
1 Dollar	90174000	90626000	92169000	92631000
1 französisch. Franc	5226900	5233100	5306700	5389700
1 brasilian. Milreis	8977500	9022500	8977500	9072500
1 Schweizer Franc	15980000	16040000	16350000	16441000
1 spanische Pesta	11970000	12030000	12389000	12481000
100 österr. Kr. (gest.)	127680	128320	129675	130325
1 tschechische Krone	2698250	2706750	2798000	2807000
1 ungarische Krone	4785	4819	4957	5012
1 bulgarische Lewa	897750	902250	917700	922900
1 jugoslaw. Dinar	—	—	902200	1008500



# Gewerkschaftsbewegung

## Protest der Straßenbahner.

### Geschwindige Arbeitszeitverlängerung.

Die bei der neuen Straßenbahn-Betriebsgesellschaft m. b. H. wieder eingefüllten Handwerker, Arbeiter und das Fahrpersonal waren, soweit dienstfrei, am Donnerstag zu einer Vollversammlung erschienen, die vom Lohnkartell einberufen war. Hiller vom Verkehrsverband zerpflückte in eingehenden Ausführungen den neuen Dienstvertrag, der den Wiedereingestellten einseitig von der neuen Direktion aufgezungen wurde. Als die Organisationsvertreter Ende voriger Woche zwecks Rücksprache bei der Direktion vorstellig wurden, erklärte diese, daß die neuen Bedingungen noch nicht vorlägen. Am Montag aber, bei der Arbeitsaufnahme, wurde den Neuanfängenden ein Vertrag vorgelegt, der sehr starke Verschlechterungen gegenüber den früheren Arbeits- und Lohnbedingungen enthält. Nur die Absicht, den sich zur Arbeitsaufnahme meldenden gelben Straßenbahner nicht kampflös den Betrieb zu überlassen, veranlaßte die organisierten Straßenbahner, diese Beträge zu unterschreiben.

Unter stürmischen Beifallsstimmungen erklärte Hiller, daß beispielsweise die Vorbereitungszeit bei der Inbetriebnahme der Triebwagen an jedem Morgen so kurz bemessen sei, daß die Fahrer die Verantwortung für die Fahrsicherheit ablehnen müßten. Bei Unfällen treffe die Direktion die Verantwortung allein. Die Arbeits- resp. Fahrzeit ist so unmenlich lang, daß Fälle, in denen Fahrer und Schaffner zwölf, fünfzehn, ja achtzehn Stunden im Dienst ständen, keine Seltenheit sind. Ueberarbeit durch Verspätungen auf der Strecke werden erst von 30 Minuten an bezahlt. Die Urlaubssfrage, besonders für diejenigen, die noch keinen Urlaub in diesem Jahre hatten, ist überhaupt nicht erwähnt. Was die Löhne anbetrifft, steht die neue Direktion, an ihrer Spitze die alten Schaffner, auf dem Standpunkt, daß sie nicht so hoch sein dürfen, um etwa die Rentabilität des Unternehmens zu gefährden. Demensprechend hat man zu Lohnsätzen gegriffen, die nur wenig höher als die Erwerbslosenunterstützung sind. Die Stundenlöhne der Handwerker sind um 1 623 500 M. niedriger, als die der anderen städtischen Handwerker, und betragen für die laufende Woche eine Million! Uebrigens ist das Verhältnis bei den Angelernten, zu denen das Fahrpersonal zählt, und den Ungeleiteten. Während die Stadt eine Familienzulage von 418 000 gibt, beträgt diese bei der Straßenbahn ganze 75 000 M. Redner bemerkt dabei, daß an der Unrentabilität der früheren Gesellschaft nicht die „hohen“ Löhne der Arbeiter und Handwerker, sondern die enormen Gehälter der mit langjährigen Dienstverträgen ausgestatteten hohen Beamten der ehemaligen Großen Berliner Schuld seien. Die Direktion erklärte den Gewerkschaftsvertretern, daß eine Anerkennung der Organisationen erst stattfinden könne, wenn feststünde, welche Organisationen Mitglieder im Betriebe habe. Es hat den Anschein, als wolle man auch die Gehälter des Stadtverordneten Pfarrer Koch in die eventuelle Tarifgemeinschaft einbeziehen. Das werde natürlich niemals zugelassen werden, sondern man werde, vertrauensvoll auf den Kampfwillen der Belegschaft, die Direktoren davon überzeugen, daß nur die früheren Vertragsbedingungen maßgebend sein dürfen.

Von den Diskussionsergebnissen wurden haarsträubende Fälle von langer Arbeitszeit angeführt. So haben Fahrer auf den Bahnhöfen in Nichtenberg und Köpenick Dienstzeiten von 11 und 18 Stunden. Derunter ist Personal von den Einmannwagen, die in den kurzen Haltepausen ihr Geld ordnen müssen, die Kontrollbücher schreiben und noch den Wagen zu kontrollieren haben. Ueber einmündig wurde der Wille laut, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Befestigung dieses Arbeitsvertrages anzustreben.

Einmündig wurde folgende Entschliessung gefasst: „Die am 13. d. M. in den „Musterlösen“ versammelten Arbeitnehmer der Straßenbahn beantragen ihre Organisation, dafür Sorge zu tragen, daß für die bei der Straßenbahn-Betriebsgesellschaft m. b. H. Neueinsteigenden dieselben Arbeits- und Lohnbedingungen wie bei den übrigen Gemeindefahrern hinsichtlich Lohn- und Manteltarif, gelten. Die vorübergehende Stilllegung darf nicht dazu benutzt werden, die Arbeiter um ihre bisherigen Rechte zu bringen.“

### Lohnvereinbarung in der Metallindustrie.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt mit: Die Löhne in der Berliner Metallindustrie betragen für die Zeit vom 10. bis 16. September für Arbeiter über 21 Jahre Klasse I 4 320 000 M., Klasse II 4 190 000 M., Klasse III 4 080 000 M., Klasse IV 3 940 000 M., Klasse V 3 830 000 M., Arbeiter von 18 bis 21 Jahren Klasse I 3 670 000 M., Klasse II 3 650 000 M., Klasse III 3 460 000 M., Klasse IV 3 350 000 M., Klasse V 3 270 000 M., jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren von 14 bis 15 Jahren 709 000 M., 15-16 Jahren 1 100 000 M., 16-17 Jahren 1 400 000 M., 17-18 Jahren 1 680 000 M., jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren von 14-15 Jahren 760 000 M., 15-16 Jahren 990 000 M., 16-17 Jahren 1 270 000 M., 17-18 Jahren 1 540 000 M.

Für Arbeiterinnen B3 über 21 Jahre 2 960 000 M., von 18 bis 21 Jahren 2 510 000 M. Die Teuerungszulage für die Ehefrau beträgt 50 000 M. und für jedes Kind bis zum 15. Lebensjahre 100 000 M. die Stunde. Die Ausgleichszulage beträgt in der Klasse I bis zu 650 000 M., in der Klasse II bis zu 620 000 M., in der Klasse III in Ausnahmefällen bis zu 310 000 M. Für die Zeit vom 16. September beträgt der Umrechnungsfaktor 2,70 M. für alle Klassen und Gruppen. Am Montag erhalten Arbeiter über 21 Jahre einen Vorzuschlag pro geleisteten Arbeitstag von 15 Millionen Mark, pro Woche 90 Millionen Mark. Arbeiter von 18 bis 21 Jahren und Frauen über 18 Jahre erhalten 12 Millionen pro Tag, pro Woche 70 Millionen, jugendliche von 14 bis 16 Jahren erhalten pro Tag 4 Millionen, pro Woche 25 Millionen, von 16 bis 18 Jahren pro Tag 6 Millionen, pro Woche 35 Millionen Mark. Drückungsgemäße Lohnsätze sind ab heute, 11 Uhr, im Verbandshaus des D.M.V., Abteilung Tirpitz, käuflich erhältlich.

### Der Konflikt im Bankgewerbe.

Die Bankleitungen haben gestern in den Betrieben den Angehörigen mitgeteilt, daß auf die laufende Woche Beträge von 425 Millionen bis zu 1,2 Milliarden ausgezahlt werden. Die Bankleitungen haben gleichzeitig einen Anschlag in den Betrieben ausgehängt, der in 14 Punkten die Angehörigen darüber „aufklären“ soll, was man ihnen von ihrer freigewerkschaftlichen Organisation angehängt verweigern hat. In Wirklichkeit versuchen die Bankleitungen die Unterbrechung auf Grund des Schiedspruches für die kommende Goldwährung zu verzögern.

In Leipzig selbst ist es bereits zu Verhandlungen zwischen den Streikenden und den Banken gekommen, und es ist zu erwarten, daß die Schließung der Bankbetriebe, die augenblicklich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industrie sehr vermehrt, in kurzer Zeit aufgehoben werden kann.

### Neue Löhne in der Schuhindustrie.

Für die Arbeiter der Schuhindustrie treten für die Woche vom 10. bis 15. September folgende Lohnsätze ein: Der prozentuale Zuschlag erhöht sich für Arbeiter im Betriebe auf 19 652 400 Proz., der feste Stundenzuschlag auf 1 048 128 M., für Heimarbeit erhöht sich der prozentuale Zuschlag auf 24 416 620 Prozent. Der Mindeststundenlohn beträgt für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Ostpreußen 1 419 528 M., für weibliche 3 141 396 M., Ostpreußen 12 1/2 Proz.

Für die Schuhmacher beträgt der Stundenlohn für die Woche vom 10. bis 15. September für männliche Zeitlohnarbeiter und als Akkordbasis für neue Arbeiten 4 045 000 M., für weibliche Zeitlohnarbeiter und als Akkordbasis für Reparaturen 3 842 750 M. Die Mindeststundenlöhne der Schuh- und Reparaturbranche betragen für die Woche vom 17. bis 22. September für männliche Zeitlohnarbeiter und als Akkordbasis für neue Arbeiten 3 545 000 M., für weibliche Zeitlohnarbeiter und als Akkordbasis für Reparaturen 3 475 000 M. Für orthopädische und mechanische Betriebe erfolgt ein Zuschlag von 10 Proz.

Angestellte der Spedition erhalten in der Woche vom 9.-15. September das Gehalt der Vorwoche zusätzlich das erhöhte Ander. Die Gehaltstabellen sind in der Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliancestr. 7/10, erhältlich.

Im Papier- und Pappen-Großhandel erhalten die Angestellten in dieser Woche eine Konto-Zahlung in Höhe von 1 1/2 August-Gehältern. Der Arbeitgeberverband empfiehlt jedoch seinen Mitgliedern dringend, zwei August-Gehälter zur Auszahlung zu bringen.

Im Buchdruckgewerbe erhalten die Angestellten am 15. Septbr. eine Konto-Zahlung in Höhe von 1 1/2 August-Gehältern ausgezahlt.

Das Gehalt Angestellten im Wagen- und Karosseriebau wird für die Woche vom 9. bis 15. September gegenüber dem Gehalt der Vorwoche um 175 Proz. erhöht. Außerdem haben sich die Arbeitgeber verpflichtet, jeweils am Dienstag der laufenden Woche die Hälfte des Gehältes der Vorwoche als Teilzahlung vorab zu leisten.

Angestellte der Kunst- und Buchbindererei, Goldschmiedindustrie. Außer den bereits gezahlten 10 Juli-Gehältern Konto September sind fällig am 14. September weitere 15 Juli-Gehälter, und am Mittwoch, 19. September, 25 Juli-Bruttogehälter. Ueber weitere Zahlungen bzw. die endgültige September-Regelung finden noch Verhandlungen statt.

Konto-Zahlung an die Angestellten der Installations- und Beleuchtungs-Geschäfte. Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit, daß an die Angestellten dieser Betriebe spätestens bis Sonnabend, den 15. September, ein August-Gehalt (20 Juli-Gehälter), ferner am 18. September ein weiteres August-Gehalt (20 Juli-Gehälter) zur Auszahlung zu bringen ist.

**Wichtig!** Heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftsvereinshaus, Brandenburgstr. 44, Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstandes (die in den Fraktionsgruppen gewählten 2 Vertreter der Fraktion). Kein Besitzt aus unvertreten sein; die dringlichste Tagesordnung erfordert dringend das Erscheinen jedes einzelnen. Der Fraktionsvorstand.

**Wichtig!** Kollegen der Irma G. V. Goetz, Friedmann und Schenker! Die Kollegen aus beiden Werken werden ersucht, heute Sonnabend nachmittags 3 Uhr im Betrieb zu erscheinen zur Entgegennahme eines Vorbeschlusses. Der Betriebsrat.

# Aus der Partei.

## Einem Fünfzigjährigen!

Es ist sonst nicht die Gepflogenheit der sozialdemokratischen Presse, der Familientage einzelner zu gedenken, denn in dem großen Heerdann der um die soziale Befreiung Ringenden bildet der einzelne nur ein Glied, das seine Pflicht gegen seine Klasse und gegen sich selbst erfüllt.

Wenn wir heute eine Ausnahme von der Regel machen, so geschieht das, um dem Vorsitzenden der Partei, dem Genossen Otto Weis, zur heutigen Vollendung seines fünfzigsten Lebensjahres unsere besten Wünsche auszusprechen, von denen wir überzeugt sind, daß es die Wünsche aller Parteigenossen sind. In Otto Weis verkörpern sich alle jene Eigenschaften, die dem deutschen Proletariat zu einer achtungheischenden Organisation verholfen haben: Kampfesfreude, Ausdauer, ja Fähigkeit im Wollen und Vollbringen und, nicht zuletzt, ein starkes Augenmaß für die Möglichkeiten des Erfolgserstrebens. In einem Berliner Proletariatsviertel geboren, ist Otto Weis ein echtes Berliner Kind geblieben, obwohl sein Name heute weit über das Reichbild Groß-Berlins, ja über die deutschen Grenzen hinaus bekannt geworden ist. Tapezierer von Beruf — Spezialität dieses Arbeiterführers war einmal die Herstellung von Posterklebern für die Besitzenden! — hat er zunächst in der gewerkschaftlichen Organisation seines Faches außerordentlich tüchtig gearbeitet, aber, wie sich das von selbst versteht, ist er auch schon als junger Bursche in die politische Bewegung geraten. In Berlin und in der Provinz Brandenburg war er als Agitator zu Haus. Als im Jahre 1906 die ersten besoldeten Parteisekretäre ange stellt wurden, da wurde ihm das Amt des Bezirkssekretärs für die Provinz Brandenburg übertragen. Und man kann die straffe organisatorische Zusammenfassung der Parteigenossen in der Provinz zu einem guten Teil seinem Geschick und seiner Ausdauer zuschreiben. Seit 1913 gehört Otto Weis — zunächst als Beisitzer, seit dem Ausscheiden Gehrts als Vorsitzender — dem Parteivorstande an. Sein taktisches Geschick, seine Kunst der Menschenbehandlung sind ein nicht hoch genug zu schätzender Gewinn für die Parteileitung. Man kann wohl sagen, daß der nunmehr Fünfzigjährige weder in der Partei noch sonst im politischen Leben einen Feind hat, wenn auch sachliche Gegnererschaft ihm so wenig wie anderen erspart blieb. Auch bei der Wiederanknüpfung der abgerissenen Fäden der Internationale hat Otto Weis sich manches Verdienst erworben, von dem in der Deffenlichkeit nicht viel gesprochen wird. Auch in der Internationale wird sein Name nur mit hoher Achtung und Anerkennung genannt. Wir vermuten, daß er ob dieser unserer Zeilen einen heiligen Zorn bekommt, dieweil ihm persönliche Anerkennungsworte durchaus zuwider sind. Aber das kann uns nicht abhalten, dem Fünfzigjährigen auch an dieser Stelle alles Gute zu wünschen, in der Ueberzeugung, daß jedes Jahr seines weiteren Wirkens ein fernerer Gewinn für die Sozialdemokratie und damit für die Sache des werktätigen Volkes in der Gesamtheit sein wird.

### Einheitliche Parteibeiträge.

Für die Woche vom 16. bis 22. September ist der 38. Wochenbeitrag fällig.

Die bezirksweise Festsetzung der Parteibeiträge ohne vorherige Fühlungnahme der Nachbarbezirke untereinander ist von Mitgliedern der Partei beanstandet worden, weil für ein Wirtschaftsgeld, für ein und dieselbe Arbeiterkategorie unterschiedliche Parteibeiträge erhoben werden. Verschiedenen Anregungen folgend empfiehlt der Parteivorstand den Bezirksleitungen für die 38. Kalenderwoche (16. bis 22. September):

600 000 M. von den männlichen,  
200 000 M. von den weiblichen Mitgliedern

als Mindestbeitrag zu erheben.

Nur in rein ländlichen Ortsgruppen kann auf Antrag des bezirklichen Ortsvereins die Bezirksleitung einen niedrigeren Beitrag festsetzen. In Orten mit zahlenmäßig höherer Entlohnung kann die Leitung des Ortsvereins über den Mindestbeitrag hinausgehen. Eine vorherige Verständigung benachbarter Bezirksleitungen bzw. Ortsvereinsleitungen über die Höhe der Beiträge ist zu empfehlen.

### Der Parteivorstand.

Der „Kant!“ in Molland wird nicht mehr in eigener Druckerei hergestellt. Nachdem die Fachisten diese zerstört hatten, wolle keine Versicherungsgesellschaft das Risiko gegen nachmalige Vermöpfung übernehmen; deshalb wurde die Druckerei verkauft, was aber an der Unabhängigkeit des Blattes von privatem Kapital nichts ändert.

Verantwortlich für Politik: Richard Grenke; Wirtschaft: Erich Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Fraktionen: R. B. Böcker; Soziales und Sonstiges: Fritz Kahlstädt; Einzelne: Ed. Glöck;amtlich in Berlin. Verlag: Formwirtsch.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formwirtsch.-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, Diersa 1. Hoflage.

**Theater Lichtspiele**  
M.W.  
Theater im Admiralspalast  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
**Drunter und drüber**  
Deutsch-Opernhaus  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Troubadour**  
Große Volksoper  
im Theat. d. Westens  
7 1/2 Uhr: Julius Cäsar  
Intimes Theater 8:  
Diplomat im Dienst  
D. bixue Pyjama etc.  
Metropol-Theater  
7 Uhr zum 1. Male  
**Casinogirls**  
Hous Theat. a. Zoo  
1/2 5  
U. 7  
**Von 5-7**  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Herrschaffl.  
Diener gesucht  
Theater d. Kommandantenstr.  
7 1/2 Uhr: Charlie  
Wallner-Theater  
8: Die tolle Lola  
Lustspielhaus  
Bühne: Eine Jahrbuch.  
Gastop. „Die Truppe“  
7 1/2 Kaufm. v. Venedig  
Theater des Ostens  
7 1/2 Uhr:  
Vorhertrats  
Junggefallen  
**SONJA**  
8 Uhr: Internat.  
Varieté  
Sonnt. 2/2 halb.  
Preis d. voll. Prog.

**Volksbühne**  
7 1/2 Uhr:  
Die lustig. Welber  
von Windsor  
**Lessing - Th.**  
7 Uhr: Peer Gynt  
Sonnt. u. Mont. 7 1/2  
Wie es euch gefällt  
**Deut. Künstler - Th.**  
Allabendl. 7 1/2: Der  
Fürst v. Pappenheim  
Theater d. d.  
Königgrätzer-Str.  
7 30 Uhr:  
Aus dem Leben  
der Insekten  
**Komödienhaus**  
4 Uhr:  
**Mein Vetter Eduard**  
**Casino-Theater**  
8 U. Die 8 U.  
neuen Reichen  
**Strabrennen Rühleben**  
Sonnab., 15. Sept., nachm. 1 1/2 Uhr  
**Theater in der  
Kommandantenstraße**  
7 1/2 Dergroße Operettenerfolg 7 1/2  
**Charlie**  
Musik von Walter W. Goetze  
Kürty, Mann, Alexander,  
Wallauer, Langendorff, Stabinski,  
Stock, Wenck.

**Reichshaus-**  
Theater  
Tägl. 7 1/2, U.  
u. Sonnt. 3 U.  
Stett. Sänger.  
Mont. 17. 9. - 6. Jubiläumstent.  
1898-1923  
25 Jahre in den Reichshaus  
**WINTERGARTEN**  
Variété-Prgr. I  
Sonntag, 16. Sept.  
Wiederbeginn d.  
Nachm. Vorsteig.  
Salle Paris. Tag. 3 1/2 U.  
**Th. a. Koerb. Tor**  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
u. Sonntag nach-  
mittags 3 Uhr:  
**ELITE-**  
Sänger  
u. a.  
Das süße  
Mädel  
**Quittungs - Marken**  
seit 48 Jahren Spezialität  
Conrad Müller,  
Schkrauditz - Leipzig.  
**Zigaretten, Zigaretten**  
(Mischen, Soko, Skatop etc.)  
zu günstig. Preisen  
Schreiber, Behmstr. 20  
**Metallbetten**  
Stahlmatratz., Kinderbetten etc. an Priv.  
Kat. 30A Irel. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

83. BIS 20. SEPT. 1923

**FIM**

**FRANKFURTER  
HERBSTMESSE**

**SONDERZUG**

AB  
**BERLIN**  
(Anhalter Bahnhof)  
am 22. September  
9 55 nachmittags  
**FAHRKARTENVERKAUF**  
Berlin W 8, Reisebureau der Hamburg-  
Amerika-Linie, Unter den Linden 8.  
Fahrkarten werden nur in Verbindung  
mit Medaillons auszugeben. Versand  
nach auswärts nur gegen Nachnahme

**Kastei**

**Für den Winter  
sehr preiswert!**

**Mäntel**  
wie Ulster, Schürfer und Tüllen - Paletots.

**Anzüge**  
in Sakkoform, 1- und 2-reifig.

**Hosen**  
gestreift und Breccas.  
Erstklassige Qualitäten! in Verarbeitung.

**Herren- und Damen-Stoffe**

Die billige und elegante Herren-Kleidung

**Kastei**  
KAPHAN & STEINBERG

**Schöneberg  
Hauptstrasse 18**  
gegenüber dem alten Rathaus



Werneuchen-Strausberg.

Am Schlesiſchen Bahnhof (Wriezener Bahnſteig) fahren wir nach Werneuchen, dem freundlichen Städtchen, wo der märkiſche Dichter, der Prediger Schmidt von Werneuchen wirkte. Wir gehen vom Bahnhof in die Stadt, überſchreiten das Stienigfließ, das Werneuchen in eine weſtliche und eine öſtliche Hälfte teilt, und wandern auf der Straße nach Weſendahl weiter. Der Weg führt über den hohen Barnim, der in dieſer Gegend zu ſeinen höchſten Erhebungen anſteigt. Das Gelände iſt ziemlich hügelig; von den Kuppen bietet ſich oft ein ſchöner Fernblick weitbin über das herbiſtliche Land. Je mehr wir uns dem Dorf Weſendahl nähern, deſto ſteiniger wird die Gegend. Auf den Feldern beiderſeits des Weges liegen zahlreiche, in regelmäßigen Reihen und Abſtänden aufgeſchichtete Steinhaufen, die von dem Reichtum dieſer Gegend an einſeitigen Geſchieben zeugen. In früheren Zeiten waren hier noch viel mehr Steine vorhanden; zum Bauen von Häuſern und Ställen und zum Pfeilern der Straßen wurde jedoch im Laufe der Zeit ein gut Teil von ihnen verwandt. Zur Verringerung des Steinreichtums trug auch beſonders eine Verordnung aus der Mitte des 18. Jahrhunderts bei, nach der jeder Bauer, der mit Fuhrwerk nach Berlin kam, zwei große Steine am Stadtor abliefern mußte; mit ihnen wurden die Berliner Straßen gepflaſtert. Wir wandern durch Weſendahl; die Geſchiebehaufen auf den Feldern haben ſich noch vermehrt und vergrößert. Die Straße ſchlingt ſich in einem großen Bogen hinab zur Gieſdorfer Mühle, die in der Samengrundrinne liegt, an dem Fließ, das den Keſſelſee mit dem Fängerſee verbindet. Im Garten des Mühlengrundſtücks ſteht eine hohe Pappel mit zahlreichen Miſelbüſchen. Auf dem Oſtufer des Keſſelſees liegen einige Hüngengräber in einem Wäldchen von Birken und Wacholder, ein ſtimmungsvolles Landſchaftsbild, das jeder wahre Heimatfreund gern auffucht. Jetzt ſind die Gräber zerſtört worden, und die Heimat iſt um ein vorgeſchichtliches Denkmal ärmer. Am Rande der Niederung wandern wir nach Süden und kommen zur Weſendahl's Mühle, die an der Einnündung des Fließes in den Fängerſee liegt. Am Ufer dieſes Sees wandern wir weiter nach Süden bis zu ſeinem Ende. Das Fließ, das von hier zum nächſten See, dem Böhſee, fließt, treibt die Neue Spinnmühle. Auf der Landenge zwiſchen beiden Seen liegt ein vorgeſchichtlicher Burgwall, der auch ſchon zum Teil eingeebnet wurde. Im Garten der Neuen Spinnmühle ſprudelt eine Quelle von ziemlich ſtark kalkhaltigem Waſſer, das verhältnismäßig reich an Eiſen und Mangan iſt und Spuren von reiner Kohlenſäure enthält. Auf dem Turmgeſtell wandern wir in öſtlicher Richtung durch prächtigen Kiefern- und Buchenwald zum Strauſſee. Vom gegenüberliegenden Ufer grüht uns Strauſſberg, die „Stadt am Strauß“. Der ſchöne Uferweg bringt uns nach Süden zum Ende des Sees. Hier erhebt ſich der Marienberg 93 Meter über dem Meeresſpiegel oder 27 Meter über den Strauſſee. Auf der Chausſee kommen wir durch die Strauſſberger Vorſtadt zum Oſtbahnhof Strauſſberg, von wo aus wir die Heimfahrt antreten. (Weglänge etwa 24 Kilometer.)

Eltermordverſuch eines Dierzehnjährigen. Wie er ſich ein Alibi verſchaffen wollte.

Der 14 Jahre alte Arbeitsbursche Otto Seidel aus der Heidenfeldſtraße 7 wurde geſtern wegen Mordverſuchs an ſeinen Eltern und wegen Diebſtahls der Kriminalpolizei übergeben. Der Junge, der ſeine Eltern ſchon wiederholt beſtohlen und auch andere Diebereien verübt hat, ſtand geſtern morgen um 6 Uhr auf und ſtahl, während die Eltern noch ſchliefen, eine Handtaſche mit 34 Millionen Mark. Dann drehte er alle Gaſshähne auf, nahm den Miſchtopf, ging nach der nahe gelegenen Kochhannſtraße und ſtellte ſich vor einem Miſchtopf mit an, als ob nichts geſchehen wäre. In Wirklichkeit wartete er hier ab, wie ſein Begleiter wohl auslaufen werde. Er hatte ſich ſo leiſe aus der Wohnung hinausgeſchlichen, daß die ſchlafenden Eltern nichts merkten. Zum Glück erwarb die Mutter noch zeitig genug auf, um ſich und ihren Mann retten zu können. Beide waren ſchon von dem eingedampften Gas ſtark mitgenommen und ſitten an heftigen Kopfschmerzen. Als der Junge, der ſich durch das Anſtellen vor dem Baden ein Alibi hatte verſchaffen wollen, nach Hauſe kam, tat er ſo, als ob er von nichts gewußt hätte. Dabei blieb er auch, als ihm der Vater die Tat auf dem Kopf ſagte. Der Vater brachte ihn zur Polizei, und hier legte er endlich ein Geſtändnis ab. Er behauptet, daß zwei Freunde aus der Nachbarschaft ihn angeſtiftet und ihn bedroht hätten, daß ſie ihn erſticken würden, wenn „die Sache nicht klappt“. Die Beute hätten ſie ſich teilen und dann alle drei nach Oſtpreußen reifen wollen. Der Leugner wurde in Haft behalten, weil außer dem Diebſtahl ein überlegter und planmäßig vorbereiteter Mordverſuch vorliegt.

Markenbrot 3 250 000 Mark.

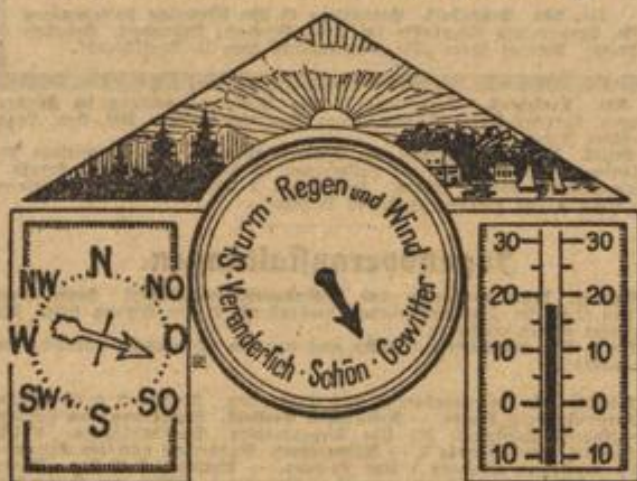
Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Im Verſolg der allmählichen Anpoſung des Verkehrs mit Markenbrot an den Verkehr mit freiem Brot hat die Reichsgetreidebeſtelle erneut ihre Abgabepreife vervielfacht (rund verzehnfacht). Dieſe Preiserhöhung wirkt ſich im Brotpreis erheblich ſtärker aus als das letzte Mal, weil ſeit der letzten Mehlpreiserhöhung der Anteil des Mehlpreiſes am Brotpreis erheblich geſtiegen iſt. Da gleichzeitig bekanntlich auch der Kohlenpreis wieder beträchtlich erhöht wurde, ferner auch die Perſonal- und ſonſtigen Unkoſten der Brotherſtellung ſich entſprechend dem ſtarken Anſchwellen der Teuerungsziffer geſteigert haben, ſo erhöht ſich vom 17. d. M. an der Preis des Markenbrotbrotes auf 3 250 000 Mark, der der Markenſchrippe auf 115 000 Mark. Das Markenbrot koſtet damit noch nicht die Hälfte des freien Brotes, deſſen Preis ſich zurzeit für die Kommunalbrotportion auf ſoſt 7 000 000 Mark ſtellt.

Eine amtliche Erklärung für dieſen außerordentlichen Preiſenſprung, der die Bevölkerung Berlins neuen Sorgen gegenüberſtellt, haben wir bereits im geſtrigen Abendblatt veröffentlicht. Es iſt in dieſer Erklärung nur von dem Dreifachen des bisherigen Preiſes die Rede (zurzeit koſtet das Markenbrot 720 000 M.), während in Wirklichkeit das Vierfache bereits überſchritten wird. Wie erklären ſich dieſe Unſtimmigkeiten zwiſchen den miniſteriellen und ſtädtiſchen Veröffentlichungen?

Stiefelſohlen als Anwalts-honorar.

Die Klacht vor der Mark und das Beſtreben, ſich wertbeſtändig bezahlen zu laſſen, greift auch in den freien Berufen um ſich, wie folgender Fall beweist: Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte trat ein Schuhmachermeiſter als Kläger gegen eine Schauspielerin auf, die ihn und ſeine Frau beleidigt haben ſollte. Die Schauspielerin wurde durch die Beweiſenaufnahme genötigt, ihre Behauptungen zurückzunehmen und die Koſten zu tragen. Bei der Feſtſtellung der Höhe der Koſten fragte der Vorſitzende den Rechtsbeſtand des

Wetteraussichten für Sonntag.



Seit Anfang der Woche blieb das Wetter in Deutschland faſt allgemein trocken und klärte ſich der Himmel mehr und mehr auf. Die Temperaturen ſtiegen wieder höher empor und erreichten Montag nachmittag an verſchiedenen Orten des Binnenlandes 25 Grad Celsius. Auch die Nächte wurden allmählich milder. Zwiſchen Dienstag und Donnerstag drang vom Atlantischen Ozean ein großes und ſtarkes Tiefdruckgebiet nach dem Europäiſchen Nordmeer und Nordſkandinavien vor und brachte den britiſchen Inſeln, ſowie den ſkandinaviſchen Ländern zahlreiche Regenfälle, beeinflußte aber die Witterung Deutschlands nur wenig. Am Donnerstag nachmittag ſtieh hier das Thermometer in Aachen auf 27 und in Frankfurt a. M. auf 28, am Freitag in Berlin und Brauſau ebenfalls auf 28, in Magdeburg ſogar auf 29 Grad Celsius. Jetzt iſt weſtlich von Schottland ein neues atlantiſches Tief aufgetreten, während ſich das feſtländiſche Hochdruckgebiet weiter nach Nordoſten ausgebreitet hat. Beide ſcheinen ihren Weg ziemlich raſch in nordöſtlicher Richtung fortzuſetzen. Bei mäßigen öſtlichen bis ſüdöſtlichen Winden haben wir daher auch für Sonabend und Sonntag trockenes und überwiegend helteres Wetter mit etwas kühleren Nächten, aber für die Jahressolt ſehr hohen Mittagstemperaturen zu erwarten, doch iſt der Eintritt eines kurzen Gewitters nicht ganz unwahrscheinlich.

Klägers nach dem von ihn vereinbarten Honorar. Unter allgemeiner Geſterkeit erklärte R. A. Dr. Riemann, daß er mit dem Schuhmachermeiſter als Honorar vereinbart habe, daß dieſer ihn zwei Paar Stiefel beſohlen müſſe. Die Beſohlene übernahm auch dieſe Koſten.

Der Reindendorfer Mord aufgeklärt.

Der Mörder der Pfliegerin Hedwig Böttig, die vor einigen Tagen in Reindendorf-Weſt auf freiem Felde ermordet wurde, iſt feſtgenommen. Es handelt ſich um den 1898 in Berlin geborenen früheren Kaufmann, jetzigen Händler Erich Weiß, der in Reindendorf, in der Bahnſtraße wohnt. Er leugnet jedoch die Tat.

Wieder ein Ueberfall im D-Zug.

Bahnhofgauer an der Arbeit.

Im D-Zug Berlin-München wurde, wie aus Hof (Bayern) gemeldet wird, ein Reiſender Iwanowitsch Brewik beſtaubt aufgefunden. Nach der vorläufigen Meldung, die hier vorliegt, gab er, wieder zum Bewußtſein gekommen, an, daß er bereits in Berlin beim Beſteigen des Zuges mit irgendeinem Mittel beſtaubt worden ſei. Näheres über den Vorgang iſt noch nicht bekannt. Gebrauch wurden dem Reiſenden ein Lederkoffer mit einem hellgrauen Anzug und Wäſche, eine ſilberne vieredrige Armbanduhr mit goldenem Zifferblatt und römischen Ziffern, eine Brieftaſche aus rotem Saffianleder, die einen Paß auf den Namen Iwanowitsch Brewik, ausgeſtellt von der Sowjetregierung in Moskau, und 800 englische Pfunde in 5-, 20- und 30-Pfundnoten enthielt, und ein Mantel. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt der Leiter des Raubbezirks der Kriminalpolizei, Kriminalkommiſſar Werneburg, im Zimmer 80 des Polizeipräſidiums, Hausnummer 601, entgegen.

Auf harmloſe Reiſende hat es ſeit einiger Zeit eine Bande abgeſehen, die auf allen hieſigen Bahnhöfen ihr Unweſen treibt. Die Schwindler machen ſich an Leute heran, die durchreiſen und ſich nur für kurze Zeit in Berlin aufhalten wollen oder beſonders auch an Mädchen, die nach Berlin kommen, um Stellung zu ſuchen. Anſcheinend harmlos und hilfsbereit nähern ſie ſich den Antommenden, knüpfen ein Geſpräch mit ihnen an und verſtehen es, durch alle möglichen Schliche, ſich in den Beſitz der Habeligkeiten der Leute zu ſetzen, die ihnen Vertrauen ſchenken. Ein Kniff iſt z. B. der, daß ſie ſich ſtellen, als ob ſie eben erſt in Berlin angekommen ſeien, den anderen ihre „Hilfe“ beim Unterbringen des Gepäcks anbieten und dann die Gepäckscheine verwechſeln. So erhalten die Betrogenen, wenn ſie ſpäter ihr Gepäc von der Verwahrungſtelle abholen wollen, anſtatt deſſen Schachteln mit Kartoffelſchalen und dergleichen. Jetzt wurde einer dieſer Gauner, ein der Kriminalpolizei ſchon länger bekannter 32 Jahre alter Walter Biener, feſtgenommen, als er einem Durchreiſenden für 5 Milliarden Filmartitel abſchwindelt hatte. Mitteilungen, die geeignet ſind, auch die anderen unſchädlich zu machen, nimmt unter Hinweis auf eine hohe Beſoldung Kriminalkommiſſar Wächter, Dienſtſtelle B. II, 3 im Zimmer 392a des Polizeipräſidiums entgegen.

Der Revolverheld aus Alt-Moabit.

Das Polizeipräſidium teilt mit: Der Zuſammenstoß zwiſchen Jugendlichen in der Straße Alt-Moabit, bei dem der 19jährige Otto Rölke durch einen Bauchſchuß niedergestreckt worden iſt, hat inſofern ſeine Auflöſung gefunden, als der Täter von Beamten der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräſidiums feſtgeſtellt und feſtgenommen werden konnte. Es iſt der 19jährige Wäcker Willy Buchwald, der mit vier anderen jungen Leuten dem Polizeipräſidium eingeliefert worden iſt und dort heute einer eingehenden Vernehmung unterzogen wird. — Der Zuſtand der Verletzten iſt nach ärztlicher Auſkunft erſtensweise den Umſtänden nach zufriedenſtellend.

Ein „Bogerattentat“.

Ein nächtlicher Ueberfall durch jugendliche Romdgs, deſſen Opfer zwei Staatsanwältinnen geworden ſind, führten den etwa 20 Jahre alten Dreher Johannes S. und den gleichaltrigen kaufmänniſchen Expedienten Fritz B. vor die Strafkammer des Landgerichts III. Die beiden Staatsanwältinnen waren, als ſie am 17. Januar dieſes Jahres in Begleitung eines Landgerichtsrats und deſſen Frau die Berliner Straße in Wilmersdorf entlang gingen, von den beiden jungen Leuten, die anſcheinend etwas angetrunken waren, angerempelt und dabei noch gefragt worden, ob ſie ſich nicht erſchuldigen wollten. Ehe ſie es ſich verſahen, erhielten ſie von den Jugendlichen z e g e r t e Bogerhiebe ins Geſicht. Als die Schups kam, hatten die Angeſlogenen ſich ſchon entfernt, wurden aber nach einigen Minuten

Kilian. Roman von Jakob Böhner.

Ich heiratete alſo und machte eine Hochzeitsreiſe an den Bierwaldſtätter See, weiſte in der Teiſſtappelle und auf dem Rüttli, auch hatte ich eine „Schweizergeſchichte“ in der Taſche, wie ſie unſern Schülern in die Hand gegeben wird, und da ich viel guten Willen mitbrachte, gelang es mir, ſie ohne Widerſpruch durchzuſehen, ohne wie früher von grober Fäliſchung und Verſchweigen der wichtigſten Tatſachen zu reden. Kurzum, es gelang mir nach und nach ſo etwas wie ein Patriot zu werden, und ich würde wahrſcheinlich als ſolcher geſtorben ſein, wenn nicht in unſerm Hauſe an der Rue Morronnier ein Mann gewohnt hätte, der mit einem Arm freihändig einen Zentner und mit beiden Armen drei Zentner zu ſtemmen vermochte. Dieſer Kraftmensch war von Beruf Depeschen-träger, und ſehen Sie, Mère Juliette, das hat mich ruiniert! Schon ein halbes Jahr hatte ich dieſen Depeschen-träger an meinem Ladenfenſter vorbeigehen ſehen, und jedesmal hatte ich einen ſehr unangenehmen Eindruck, ohne daß ich darauf kam, an was es lag. Ich wurde nervös und aufgereggt und hielt es nicht mehr aus in meinem vier Meter tiefen und dreieinhalb Meter breiten Schmuckladen. Irgend etwas mußte jaht geſchehen, irgend etwas, gleichgültig was. Bieleicht, daß man raſch einen Sprung in den „Cerc“ hinüberlat, einen Apéritif zu „genehmigen“, oder daß man im „De la Poſte“ ein Glas Rotwein gegen das Licht hielt, oder im „Cheval blanc“, wenn juſt kein Gaſt in der Nähe war, der Rinkette oder der Ruttli, oder wie die Keſſnerin gerade hieß, ein wenig mit dem Zeigefinger gegen die Bruſt ſtieß, item, irgend etwas mußte geſchehen. Etwas, das einen in Anſpruch nahm.

den Augen anſtarrte, und mit gepaßener Zunge ſagte: Und du, biſt du dazu in die Welt gekommen, um in einer Holzſchachtel auf Leute zu lauern, denen du mit dreiunddreißig Prozent Gewinn ein Reiſlein oder einen geſchliffenen Stein anhängen kannt? Und wenn man ſich wütend ſchüttelte, erhielt man einen Prankenhieb von dem Ungeheuer: Das iſt deine Beſtimmung, das iſt dein Lebenszweck, dreißig Prozent zu nehmen! Darüber hinaus gibt es nichts. Nie mehr kommſt du aus dieſer Holzſchachtel. Zehn Prezioſenhändler ſind ſchon an der Rue Morronnier 18 in Ehren grau geworden und eines ſeligen Todes dahingefahren. Wenn man aber aufſtöhnend ſich die Ohren zuhielt und die Stirne an die Ladentüre legte, dann ſah man gegenüber dem Bauch des Bäckermeiſters Dupel, wie er weicht über die Schürzenſchnur herunterwankte, und man wußte, daß ſeit zweihundert Jahren täglich einmal ſolch ein Bauch aus dem Haus Nr. 13 an der Rue Morronnier hängt. Und das Haus zur Linken, mit dem Merceriegeſchäft, war es nicht ſeit Ewigkeiten ſo, daß von Zeit zu Zeit der Vorhang an der Ladentüre ein wenig zurückgeſchoben wird, und ein Mädchen, Frauen-, Greiſinnengeſicht ſich gegen die Scheibe neigt, und mit verlorenen Augen einen Blick in die Gaſſe hinauswirft, ohne Hoffnung und ohne Glauben. Verſtehen Sie, Mère Juliette, daß man dies auf die Dauer nicht aushält! Es wird nämlich von Sekunde zu Sekunde fürchtbarer: Plötzlich hört man es wimmern und jammern und ſchreien und toben und raſen aus allen Werkſtätten und Arbeitsräumen und Fabriken und Schreibstuben und Gerichtssälen, aus allen Prezioſenläden der ganzen Welt und vereinigt und verdichtet ſich zu einem ungeheuren Schrei: Sind wir dazu in die Welt gekommen? Wer dieſe Stimme aber einmal vernommen hat, dem bleibt noch zweierlei übrig, Mère Juliette, das Irrenhaus oder — das Wirtshaus. Sehen Sie, das iſt der große Irrtum der Abſtinenten: Sie meinen, die Welt ſei ſo übel daran, weil ſo viel geloffen werde; ich aber ſage ihnen: Es wird ſo viel geloffen, weil wir ſo übel daran ſind! Dieſe ganze bürgerliche Weltordnung, meine Liebe, iſt nur möglich dank dem Wirtshaus. In der Rue Morronnier ſind von achtzig Häuſern zwanzig Wirtshäuser. Das iſt ein gutes Verhältnis. Das wird die Gaſſe, das wird die Schweiz erhalten!

Ich habe natürlich alles getan, was irgendwie noch einer Rettung von geiſtiger Unnahrung ausah. Ich habe bei einer Wohnungszählung mitgeholfen, ich wurde Vorſtandsmitglied des Gaſſenvereins, Sekretär der Rabattvereinigung, ich ſang im gemiſchten Chor „Trois Roſes“, turnte jeden Mittwoch in der alten Sektion der „Helvetiques“, legelte am Samstag mit ehrenwerten Männern, die mich nötigten, in die liberale Partei und in den Stadtrat einzutreten. Ich habe Vereinsprotokolle geführt, bin in ungezählten Sitzungen geſeſſen, ich habe Berichte abgefaßt und Reden gehalten, wahrlich, ich habe alle Möglichkeiten ausgeſchöpft, die einem Einwohner der Rue Morronnier offen ſtehen! Es hat nichts genützt, ich habe mich doch dabei übertraſcht, wie ich eines Tages mit gequältem Revolver hinter der Ladentüre auf den Depeschen-träger lauerte, um ihn über den Hauſen zu ſchießen. Glücklicherweise war ich damals ſchon ſo dem Alkohol verfallen, daß ich auch dieſen Mordgedanken nicht zu Ende dachte. Sie müſſen nämlich wiſſen, Mère Juliette, das macht die große Wohltat aller berausenden Geirnde aus: ſie nehmen einem die Kraft, einen Gedanken zu Ende zu denken. Darin liegt aber das Weſen des vielgerühmten Ideals Freiheit, daß man an einem beliebigen Punkt aufhören darf zu denken. Was glauben Sie, Mère Juliette, wie angenehm es zum Beiſpiel war, ſtehen zu bleiben bei der Taſſache: in unſerem Quartier wohnen in fünfzig Vierzimmerwohnungen zweihundert Menſchen, und in hundert Zweizimmerwohnungen achthundert Menſchen! — Mit dieſem Reſultat in der Taſche ging man als Wohnungszähler ins „Cheval blanc“ und jaſte zu viert einen Kaffee und zwei Liter aus. Ausgezeichnet! Wenn einem nur nicht der verſuchte Depeschen-träger ſelbigen Tages in den Weg lief! Und in jeder politiſchen Frage, meine Liebe, gab es einen ganz beſtimmten Punkt, wo die Freiheit des Nichtmehrdenkens müſſens begann. Unbedingt. Denn ſonſt . . . ſchnitt man ſich eines Tages ins eigene Fleiſch! Sonſt kam es an den Tag, ſtieg es geſpenſterhaft ins Bewußtſein, daß man um viel zu geringen Kräfteinſatz dreiunddreißig Prozent nahm, während andere für die mühsamſte Arbeit faſt nichts erhielten. — Alkohol her! Wein her! Es lebe das Vaterland! Es lebe die Freiheit! Es lebe der freie Sinn zu denken, was einem beliebt! Gedankenfreiheit! Als ob die Gedanken nicht die Knechte der Wahrheit wären! (Fortſetzung folgt.)



